Freitag, 16. Februar 1923. Einzelnummer 150 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 37.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 4000.—
in den Ausgabestellen 4100.—
durch Zeitungsboten 4200.—
am Postamt 4500.—
ins Ausland 600 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 120.— M
Reklameteil. 360.— M
Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 120.— p. M. " Reklameteil 360.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Die Orientfrage.

Seit dem Abbruch der Verhandlungen in Lausanne sind über den Stand der Orientfrage die widersprechendsten Nachrichten in die Welt gesandt worden, welche nicht dazu beigetragen haben, Klarheit in die Sache zu bringen. Auf der einen Seite hieß es, daß die nachträgliche Unterzeichnung des Vertrages unmittelbar bevorstehe, auf der anderen Seite kam die Nachricht von dem türkischen Ultimatum an die alliierten Kriegsschiffe in Smyrna, den dortigen Hafen zu verlassen und die Meldung, daß der türkische Vertreter Ismet Pascha vor seiner Abreise von Lausanne eine Botschaft an den König Hussein gerichtet habe, worin er namens der Türkei die völlige Unabhängigkeit aller arabischen Länder anerkannt habe, zu denen die englischen Mandatsgebiete Mesopotamien und Palästina und das französische Mandat Syrien gehören.

In Lausanne schien in einer Reihe der wichtigsten Punkte ein Einverständnis zwischen den Alliierten und den Türken erreicht zu sein, insbesondere über die Begrenzung des türkischen Gebiets und über das Meerengenstatut. Lord Curzon war in dem Bestreben, die für England sehr unbequeme Situation im nahen Osten wenigstens zu einem friedlichen Abschluß zu bringen, den Türken weit entgegengekommen. Er hatte die Forderung, die von der Türkei auf europäischem Boden zu haltende Armee numerisch zu beschränken, fallen gelassen. Die Wichtigkeit dieser Konzession für die Stellung der Türkei im allgemeinen und in Bezug auf Konstantinopel und die Meerengen im besonderen ist einleuchtend. Auch in der Mossulfrage hatte er auf seinem von den Türken abgelehnten Verlangen nach deren Überweisung an den Völkerbund nicht bestanden, sondern sich bereit erklärt, die Sache unter Aufrechterhaltung des status quo ein Jahr zurückzustellen, um Gelegenheit zu weiteren freundschaftlichen Verhandlungen zu geben. Es bestanden nur noch einige Differenzen in Bezug auf wirtschaftliche Fragen und in Bezug auf die Bestimmungen über die Rechtsstellung der Fremden in der Türkei, welche die alten „Kapitulationen" zu ersetzen bestimmt seien. Das Scheitern der Konferenz, das angeblich wegen dieser wirtschaftlichen Fragen erfolgte, bildete für viele eine Überraschung.

Der wirkliche Grund des ergebnislosen Ablaufs der Konferenz war, daß die Franzosen hinter dem Rücken der Engländer den Türken ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, mit ihnen weiter zu verhandeln, wenn sie nicht unterzeichnen würden. Damit war die alliierte Einheitsfront aufgegeben, welche wenigstens äußerlich bei den Verhandlungen in Lausanne bestanden hatte. Die Türken, welche ihre Erfolge gegen die Griechen und damit indirekt gegen die Engländer ja nur dank der wohlwollenden Förderung von französischer Seite hatten erringen können, sahen die Möglichkeit vor sich, den Vertrag abzulehnen, welcher ungeachtet aller englischen Konzessionen ihre Stellung als souveräne Macht erheblich beeinträchtigen und ihre wirtschaftliche Entwicklung hindern würde.

Trotz aller diplomatischen Erklärungen, welche die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund schieben, handelt es sich an den Meerengen doch wesentlich um Machtfragen. Gewiß enthielt der vorläufig beiseite geschobene Vertrag auch wichtige ökonomische Bestimmungen. Aber wesentlicher ist doch die Frage: wer soll am Bosporus und an den Dardanellen herrschen? Soll eine souveräne Türkei die Gewalt dort ausüben und die Möglichkeit haben, den Durchgang vom und zum Schwarzen Meer zu versperren? Oder sollen die westlichen Großmächte oder, genauer gesprochen, das seebeherrschende England kraft eines fein ausgeklügelten Meerengenstatuts die wirkliche Verfügung über die Meerengen haben?

Dies ist nicht bloß eine Angelegenheit zwischen England oder den Westmächten und der Türkei, sondern es ist für Rußland eine lebenswichtige Frage, wer „den Schlüssel zum russischen Reich" in der Hand hat. Mit Recht erklärte der russische Vertreter auf der Lausanner Konferenz, daß keine Regelung der Meerengenfrage Bestand haben könne, die ohne Zustimmung Rußlands erfolge. Ein Zustand, der die Meerengen praktisch unter englische Kontrolle stellt, und den britischen Kriegsschiffen jederzeit die Möglichkeit gewährt, in das Schwarze Meer einzudringen, ist eine für Rußland unannehmbare Lösung.

England hat wider jede menschliche Voraussicht infolge des Zusammenbruchs sowohl Rußlands wie der Türkei am Ende des Weltkrieges sich der Meerengen bemächtigen können, welche es bereits Rußland als Preis für seine Beteiligung am Kriege versprochen hatte. Eine Zeitlang schien es, als ob es diesen Gewinn in vollem Umfange behalten könne. Die widerspenstigen Nationalisten wurden durch die griechischen Hilfstruppen der Engländer zurückgetrieben. Da machte ihm die unerwartete Stärke der Nationalisten, die von den Franzosen weitgehende Unterstützung erfuhren, einen Strich durch die Rechnung. Die Griechen wurden aus Kleinasien vertrieben, England stand vor unmittelbarer Kriegsgefahr. Nur mühsam gelang es, in dem Mudaniavertrag ein vorläufiges Abkommen zu treffen und die Sache auf den Weg der Verhandlungen in Lausanne zu bringen. In diesem war England im Begriff, wenn auch unter weitgehenden Konzessionen, das wesentlichste für die Wahrung seiner Stellung an den Meerengen und im türkischen Reich durchzusetzen. Da durchkreuzte zum zweitenmal Frankreich seinen Weg und verhinderte den Abschluß.

Die Lage ist für England sehr unbequem, denn es stehen für das britische Weltreich Interessen auf dem Spiele, die weit über den Bereich des Balkans und des türkischen Reichs hinausreichen. Das gilt einmal für die Mandatsgebiete, besonders Mesopotamien mit dem wertvollen Ölvorkommen in Mossul, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten den wichtigsten Streitgegenstand zwischen England und der Türkei bilden. Das gilt weiter für die Stellung der Engländer gegenüber ihren mohammedanischen Untertanen, besonders in Indien, welche die Bevölkerung Englands selbst an Zahl bei weitem übertreffen. Es geht aber auch um das Prestige Englands in Asien, und schließlich um die britische Weltstellung überhaupt, die seit dem Kriege in einem früher unerahnten Maße herabgesunken ist. Die englische Regierung ist vor Frankreich, das auf sein Säbelrasseln pochend unbekümmert um seinen Ententegenossen die Hegemonie in Europa an sich gerissen hat, Schritt für Schritt zurückgewichen. Die neueste Phase des französischen Vorgehens, der Einbruch in das Ruhrgebiet, hat die englische Regierung ruhig mitangesehen, obwohl er den englischen Interessen widerspricht. Sie hat das französische Doppelspiel den Türken gegenüber äußerlich gelassen ertragen und doch trotzdem bemüht, die brüchige alliierte Front zusammenzuleimen und zu einem Abschluß mit der Türkei zu bringen. Alles dies läßt die großen Schwierigkeiten der englischen Staatskunst erkennen, welche jetzt die Folgen der falschen Einstellung der englischen Politik bei Abschluß des Versailler Friedens zu tragen haben und entweder mehr schlucken müssen, als für eine Weltmacht auf die Dauer zuträglich ist, oder sich einem schweren Konflikt mit der stärksten Macht gegenübersehen, welche nicht nur den Militarismus weit über jedes zu irgend einer früheren Zeit gesehene Maß hinaus entwickelt hat, sondern auch kraft ihrer überlegenen Stellung in Europa sich mit einem Kranz von militärisch gerüsteten Trabanten zu umgeben verstanden hat. Daneben gibt es, abgesehen von dem Rivalen Englands in der Meerengenfrage, Rußland, keine große Militärmacht mehr. Wo sind die Zeiten des europäischen Gleichgewichts hin entschwunden, in denen England in der außereuropäischen Welt nach Belieben schalten konnte, während die Völker Europas einander im Frieden oder im Krieg in Schach hielten? Es bleibt abzuwarten, ob die englischen Bemühungen, den Orientfrieden doch noch zustande zu bringen, Erfolg haben werden. Auch wenn dies der Fall sein sollte, ist eine dauernde Lösung davon kaum zu erwarten. Das läßt sich schon im Hinblick auf die Benachteiligung lebenswichtiger russischer Interessen durch den Vertrag sagen. Aber auch die Interessengegensätze zwischen den Vertragsgegnern und zwischen England und Frankreich selbst sind zu tief gewurzelt, als daß ihre endgültige Ausgleichung von einem solchen nachträglich herbeigeführten äußerlichen Orientfrieden erwartet werden könnte.

Die deutschen Ansiedler in Polen.

Der Wortlaut der Denkschrift des Völkerbundsrates, durch den die Entscheidung dem Haager Schiedsgericht übertragen wird, ist folgender:

Der Völkerbundrat, dem einige Fragen zur Entscheidung vorgelegt wurden, die folgende Tatsachen betreffen:

a) Eine große Anzahl von Ansiedlern, früheren deutschen Bürgern, die auf ehemaligem deutschen Gebiete wohnen, hat auf Grund des Art. 91 des Versailler Friedensvertrages das polnische Bürgerrecht erworben. Diese Ansiedler haben ihre Grundstücke auf Grund der Rentengutsverträge in Besitz; doch wurden diese Verträge, obgleich sie mit der deutschen Ansiedlungskommission vor dem Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 abgeschlossen wurden, nicht vor diesem Datum mit Auflassung versehen. Die polnische Regierung betrachtet sich auf Grund des Art. 256 des Versailler Vertrages als rechtmäßige Eigentümerin dieser Besitztümer und als dazu berechtigt, diese Verträge für ungültig zu erklären, weswegen von der polnischer Regierung gegen die deutschen Ansiedler gewisse Mittel in Anwendung gebracht werden, die darauf hinauslaufen, daß die oben erwähnten Kolonisten von ihren Besitzen entfernt werden.

b) Die polnischen Behörden wollen die Pachtverträge, die zwischen der deutschen Regierung und den deutschen Bürgern, welche jetzt polnische Bürger geworden sind, vor dem 11. November 1918 abgeschlossen wurden, nicht anerkennen. Diese Pachtungen betreffen deutsche Staatsdomänen, die auf Grund des Art. 256 des Versailler Vertrages polnisches Staatseigentum geworden sind, bittet das internationale Schiedsgericht, ein Gutachten über folgende Fragen abzugeben:

1. Ob die oben erwähnten Punkte unter a) und b) sich auf die internationalen Verpflichtungen beziehen, ob sie dem Geiste des am 28. Juni 1919 von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Polen in Versailles unterzeichneten Vertrages entsprechen, und ob der Völkerbund für diese Punkte zuständig ist.

2. Im Falle einer bestätigenden Erklärung auf die erste Frage bittet der Völkerbund das Schiedsgericht um ein Gutachten in der Frage, ob der von der polnischen Regierung eingenommene und oben unter den Punkten a) und b) dargelegte Standpunkt mit den internationalen Verpflichtungen dieser Regierung übereinstimmt.

Sodann ermächtigte der Völkerbundrat das Sekretariat des Völkerbundes, die erwähnte Bitte an das internationale Schiedsgericht weiterzuleiten und ihm alle diesbezüglichen Akten zu übersenden.

Die Oktazisten in Oberschlesien.

Wie der in Glewitz erscheinende „Sztandar Polski" meldet, wurde am 29. Januar in Rybnik eine von der schlesischen Wojewodschaftsorganisation des O. K. Z.-Verbandes einberufene Versammlung abgehalten, in der eine Kreisgruppe des Verbandes für den Kreis Rybnik gegründet wurde. Auf Antrag des Bezirksvorstandsmitgliedes des Verbandes zum Schutze der Westmarken, Abg. Kwiatkowski, wurde folgende **Entschließung** einstimmig angenommen:

„Die in Rybnik am 29. Januar versammelten Vertreter des Kreises Rybnik erheben entschieden Einspruch gegen die deutschen Machenschaften, die auf eine Irreführung der Grenzkommission und auf die Losreißung des großen Dorfes Hohenbirken von Polen und vom Kreise Rybnik hinauslaufen, das bei der Volksabstimmung und bei allen Wahlen einen großartigen Beweis seines polnischen Charakters geliefert hat. Nicht minder erheben wir gegen die Losreißungsbestrebungen der für die Landwirtschaft in Polnisch-Schlesien so notwendigen Fabrik künstlicher Düngemittel „Chemes" Einspruch.

Wir verlangen ferner im Namen der Gerechtigkeit die Angliederung von Nieborowitzerhammer sowie der rein polnischen Dörfer Gurek und Stodoll an Polen, die in der Volksabstimmung sich für Polen erklärt haben und in denen es unter der eingesessenen Bevölkerung überhaupt keine Deutschen gibt.

Wir richten an den Verband zum Schutze der Westmarken das Ersuchen, in dieser Angelegenheit nicht bloß die öffentliche Meinung Polens mobilzumachen, sondern auch bei den zuständigen Stellen alle Hebel in Bewegung zu setzen, um ein für die Bewohner der genannten Dörfer sowie für den Kreis und für Polen so unerhörtes Unrecht abzuwenden. Wir bitten auch den schlesischen Sejm, die Wojewodschaftsbehörde und die Zentralregierung, alle Mittel zum Schutze des bedrohten polnischen Grenzlandes zu erschöpfen."

Eine Geldsammlung unter den Teilnehmern an der Versammlung brachte rund 400000 Mark für die Zwecke des O. K. Z.-Verbandes zusammen.

Die doppelte Valuta in Oberschlesien

soll spätestens am 1. März eingeführt werden. Alle Verpflichtungen in deutscher Mark werden in polnischer Mark und umgekehrt nach dem jeweiligen von der Handelskammer in Kattowitz festgesetzten Tageskurs abgezahlt werden können.

Widerspruchsvolle Nachrichten aus Memel.

Aus den Nachrichten über die gegenwärtige Lage in Memel läßt sich kein klares Bild gewinnen. Während von einer Seite von einer Verständigung zwischen Simonaitis und den Führern der Aufständischen und von Rücktritt Simonaitis gemeldet wird (s. „Pos. Tagebl." Nr. 36), lautet eine andere Nachricht:

Die Nachricht von dem Rücktritt der Regierung Simonaitis entspricht nicht den Tatsachen. Die Verhandlungen waren zwar so weit gediehen, daß Simonaitis zum Rücktritt bereit war, doch erhob er dann erneut die Forderung auf den Abzug der französischen Truppen. Dadurch sind die Verhandlungen zunächst auf dem toten Punkt angelangt. Die Sonderkommission der Botschafterkonferenz weilt nach wie vor in Memel. Es sind Vorbereitungen für die Landung von Ententetruppen getroffen, doch bezweifelt man, ob es zu diesem Schritt kommen wird.

Simonaitis weigert sich, zurückzutreten.

Eine Königsberger Meldung vom 14. Februar lautet:

Die Lage hat sich nicht geändert, da Simonaitis sich nach wie vor weigert, zurückzutreten, bevor nicht Petisne abberufen und die französischen Truppen zurückgezogen sind, einem Verlangen, dem sich die Sonderkommission widersetzt.

Nachschub von Freischärlern aus Litauen.

Der „Königsb. Hartungschen Ztg." wurde am 13. Februar aus Memel gemeldet:

Zu der von der litauischen Regierung erlassenen Verfügung, daß alle nach dem Memelgebiet übergetretenen litauischen Staatsangehörigen bis zum 9. Februar nach Litauen zurückkehren müßten, widrigenfalls Bestrafung nach dem bestehenden Gesetz erfolge, bietet die Tatsache die beste Illustration, daß immer neue Litauer bewaffnet aus Großlitauen in Memel eintreffen. Einige dieser Leute, denen diese Verfügung von deutschen Einwohnern vorgehalten wurde, erklärten, davon wüßten sie nichts. Sie seien selomarschmäßig ausgerüstet aus der Gegend nördlich Suwalki erst heute eingetroffen.

Lettland macht Ansprüche auf Polangen.

„Litvijas Karcivis", das Organ des lettischen Generalstabs, verlangt in einem Artikel über die Memeler Angelegenheit, Litauen soll das Gebiet von Polangen herausgeben, da diese Stadt Litauen in der Absicht überlassen wurde, daß dort ein litauischer Hafen entstehe. Dr. Zaunius, der litauische Gesandte in Lettland, hat nun dem lettischen Außenminister daraufhin eine Note überreicht, worin gegen diese Forderung und Auffassung protestiert wird. „Polangen ist," so heißt es in der Note, „Litauen zuerkannt worden, weil die dortige Bevölkerung zumeist aus Litauern besteht und das Gebiet früher zu Litauen, zum Gouvernement Kowno, gehört hat. Deshalb habe ich die Ehre, den Herrn Minister zu bitten, dafür sorgen zu wollen, daß die falsche Auffassung vor der Öffentlichkeit richtiggestellt wird, da sie zu weiteren Mißverständnissen führen könne."

Republik Polen.

Im Haushaltsausschuß des Sejm

wurde nach dem Referat des Abg. Gląbiński der 120 Millionen-Kredit für die Stadt Lemberg, der in der Sonnabendsitzung des Sejm Lärmszenen verursacht hatte, bewilligt. Der Kredit soll für den Straßenbau verwandt werden. Der Ausschuß nahm dann einen Antrag des Abgeordneten Diamand an, in dem von der Regierung gefordert wird, die Mitgliederliste der Aufsichtsräte derjenigen Institute vorzulegen, bei denen der Staat seine Kapitalien niedergelegt hat, und die Einkünfte anzugeben, die die betreffenden Gesellschaften den Aktionären bringen.

In einer Sitzung des Wiederaufbauausschusses

ist es zu einem Konflikt mit dem Arbeitsminister gekommen. Der Ausschuß verlangte Prüfung der Tätigkeit der Direktion der Wiederaufbauaktion und der Wiederaufbaubank.

Der Arbeitsminister sprach sich dagegen aus. Er sagte, daß ein solcher Schritt, obwohl der Ausschuß zu ihm berechtigt sei, ein Zeichen des Mißtrauens bedeuten würde.

Der Ausschuß für die Verwaltungsreform.

Die Zusammensetzung des vom Ministerpräsidenten berufenen Ausschusses für die Verwaltungsreform ist folgende: Dr. Bobrzyński, früherer Statthalter von Galizien, Senator Professor Kaszniea, der Vorsitzende des Ostmarkenvereins, Karczewski, Vizeminister für innere Angelegenheiten, Olpiński, der Lubliner Wojewode, Moskalewski, der Vizeminister der Eisenbahnen, Ingenieur Eberhard, der Vorsitzende der Generalstaatsanwaltschaft, Bukowski, Senator Januszewski, Vizeminister der Finanzen Markowski, und der Stellvertreter des Generalstabschefs, General Rybak. Von seiten des Innenministeriums nahmen an der ersten Sitzung des Ausschusses die Departementsdirektoren Koncki und Weisgrot teil. Die beiden Direktoren sind in zwei der drei Unterausschüsse vertreten.

Die Tagung der Staatsanwälte.

Auf der Tagung der Staatsanwälte wurde die Frage der neuen Pressevorschriften besprochen. Die Versammelten erkannten die Notwendigkeit an, daß ein einheitliches Pressegesetz, das für ganz Polen gelten soll, eingeführt werden müsse. Es wurden dann u. a. auch die Beziehungen der Staatsanwälte zu den Gerichtsvorsitzenden und den Verwaltungs- und politischen Behörden besprochen.

Die Flüchtlinge aus Rußland und der Ukraine.

Der Ministerpräsident hat in einer Unterredung, die er einem Mitarbeiter des „Kurjer Warszawski" gewährte, erklärt, daß der Zustrom von Flüchtlingen aus Rußland und der Ukraine nach Polen einen solchen Charakter angenommen habe, daß sich die Regierung für diese Angelegenheit habe näher interessieren müssen. Im Juni 1921 hatte das Innenministerium als Grundsatz aufgestellt, daß nur solche Personen im polnischen Gebiete Unterkunft finden durften, die wegen politischer Verbrechen verfolgt wurden, oder Flüchtlinge, die sich nicht krimineller Vergehen hatten zu schulden kommen lassen, schließlich solche, die Schutz ihres Lebens suchten. Flüchtlinge anderer Typen wurden einer strengen Evidenz unterzogen. Im ganzen seien 15 000 nichtpolitische Flüchtlinge registriert worden. In Wirklichkeit sei ihre Zahl noch bedeutend größer. Personen, die sich der Registrierung entzogen haben, werden von den zuständigen Behörden erster Instanz ohne das Recht der Berufung ausgewiesen werden. Der Ministerpräsident erklärte, daß er auf keinen Fall die ergriffenen Maßnahmen ändern werde.

Die Novelle zum Mieterschutzgesetz.

Der Rechtsausschuß des Sejm hat in dritter Lesung die Novelle zum Mieterschutzgesetz angenommen. Die Höhe der Miete soll nunmehr von einem Regierungsausschuß festgesetzt werden der seinen Beschluß jedesmal dem Ministerrat zur Genehmigung vorzulegen hat. Mietsänderungen können entsprechend dem Kurse der Valuta alle zwei- oder drei Monate erfolgen. Der Ausschuß hat die Mietssätze so festgesetzt daß im früheren preußischen Teilgebiet für eine Vorkriegsmark 230 Polenmark, im früheren russischen Teilgebiet für einen Silberrubel 500 Polenmark und im früheren österreichischen Teilgebiet für eine Krone 200 Polenmark gerechnet werden.

Die Ermordung des Metropoliten Georg.

Die Akten der Strafsache gegen den Archimandriten Smaragd, den Mörder des Metropoliten Georg, sind der Staatsanwaltschaft zugegangen. Es steht noch nicht fest, ob Smaragd sich vor einem Standgericht oder vor einem Zivilgericht zu verantworten haben wird. Für das erste spricht der Umstand, daß der Ermordete Staatsbeamter und der Mörder sein Untergebener war.

Die ukrainische Sejmfraktion

veröffentlicht folgendes Communiqué zur Ermordung des Metropoliten Georg: „Der an der Person des höchsten Würdenträgers der orthodoxen Kirche in Polen, dem Metropoliten Georg, verübte Mord ist die Folge der anormalen Lage der orthodoxen Kirche in Polen. Über die Tatsache des schändlichen Mordes, den sich der Archimandrit Smaragd, eine Persönlichkeit in gehobener geistlicher Stellung, zu schulden kommen ließ, darf man nicht gleichgültig zur Tagesordnung übergehen. Die Unruhe in der orthodoxen Kirche, die durch die jetzige Lage verursacht wird, droht mit unberechenbaren Folgen. Die notwendige Pazifizierung und Normierung der kirchlichen Lage muß den allein richtigen Weg der freien Willensäußerung der Gläubigen gehen, unter der Bedingung der Nichteinmischung der Staatsbehörden in die inneren Angelegenheiten der Kirche. Die parlamentarische Vertretung des ukrainischen Volkes wird als Bekenner des Volkswillens dem weiteren Lauf der Dinge hinsichtlich der orthodoxen Kirche in Polen und ihrer Stellung die sorgfältigste Aufmerksamkeit zuwenden."

Aus der polnischen Presse.

„Deutsche Zeitungen zu lesen, lohnt sich nicht" — ist die Spitzmarke eines Aufsatzes des Kattowitzer „Gornoślązak", der sich also vernehmen läßt: „Ihr kennt doch die deutsche Presse aus den Kriegszeiten. In den kleineren Zeitungen wurde überhaupt nichts Wahres gefunden; in den größeren war die Wahrheit gewöhnlich irgendwo in einer Ecke verborgen, mit kleinen Lettern gedruckt. Es war eine Kunst, in der Kriegszeit deutsche Zeitungen zu lesen. Und heute? Da geht es ähnlich zu. Wer nur ein bißchen Grütze im Kopf hat, der wird sich in der Lage zurechtfinden. Der Durchschnittsleser hat jedoch ein ganz falsches Bild von der Lage. Namentlich hier in Oberschlesien gibt es ganz falsch unterrichtete Leute, weil sie den Geist der deutschnationalen Zeitungen nicht kennen. Ein klares Bild von der Lage können bloß unsere Zeitungen geben, die von deutschen Beeinflussungen vollständig unabhängig sind. Bestellt deshalb, den „Katolik", den „Katolik Codzienny", den „Katolik Niedzielny" und den „Gornoślązak" für Februar bei den Agenten und auf der Post! Werft die deutschen Blätter aus den polnischen Häusern hinaus und regt zum Lesen und zum Bezuge unserer Zeitungen an!"

Aus Zempelburg wird dem „Dziennik Poznański" (Nr. 27 vom 4 Februar, geschrieben: In manchen Kreisen des Posenschen und Pommerellens vollzieht sich der Prozeß der Entdeutschung unter sehr schwierigen Verhältnissen. Besonders läßt sich das im früheren Kreise Flatow wahrnehmen. Ein Teil desselben, und zwar derjenige, welcher sich in der Zeit der Knechtschaft durch ein reges national-soziales Leben der dort wohnhaften Polen ausgezeichnet hat, ist bei Deutschland verblieben, während aus seinem Polen angegliederten östlichen Teile ein besonderer Kreis mit dem Sitz des Starostenamts in Zempelburg gebildet worden ist. Es ist das eine kleine Stadt, die wegen der erschwerten Eisenbahnverbindung (infolge Verbleibens der Stadt Schneidemühl bei Preußen) von ihren nächsten größeren polnischen Mittelpunkten, wie Bromberg, Thorn und Graudenz, fast abgeschnitten ist und deshalb von allen gemieden wird. Die Schar der örtlichen polnischen Intelligenz ist sehr klein, und auf ihren Schultern ruht die Last der sozial-kulturellen und wirtschaftlichen Arbeit, die dort ein ungeheuer großes Tätigkeitsfeld hat.

Die Polen in Deutschland.

Neues Leben

betitelt sich der folgende, mit „Filar" (Pfeiler) unterzeichnete Aufsatz des „Wiarus Polski" (Bochum, Nr. 22 vom 27. 1.):

„Das polnische Emigrantentum in Westdeutschland beginnt zurzeit ein neues politisches Leben. — ein Leben, das schon einmal in der Geschichte des Emigrantentums eine so wichtige Rolle gespielt hat. Die erste politische Organisation der Polen im Emigrantentum war der Verband der Polen.

Die älteren Landsleute werden sich sicherlich mit Stolz der Arbeit dieses ersten Verbandes erinnern; mit Stolz wird jeder Auswanderer der Jahre des Drucks und der Schikanen gedenken; mit Stolz wird sich jeder der ungeheuren Versammlungen erinnern, die auf Veranlassung des Verbandes der Polen zum Schutze der Schätze veranstaltet wurden, die wir aus der heimatlichen polnischen Hütte mitgebracht hatten, die aber eine fremde Politik uns zu entreißen sich bemühte. Gewalt und preußische Übermacht haben das Ihrige erreicht.

Im Jahre 1908 wurde das Ausnahmegesetz beschlossen, das den Polen da, wo sie nicht 60 v. H. der Bevölkerung ausmachten, polnisch zu sprechen verbot. Deswegen hatte auch die Rolle des Verbandes ein Ende; denn wenn es selbst in Posen nicht erlaubt war, öffentlich polnisch zu reden, was sollte man da erst im Emigrantentum sagen? Doch haben die Polen die Schläge der preußischen Regierung abzuwehren verstanden und sich bemüht, auf neue Weise den polnischen Geist zu wecken. Es entstanden Wahlvereine, in die sich die Polen als Mitglieder eintragen ließen, und dort taten sie als Mitglieder das, was man ihnen mittels Gesetzes nehmen wollte.

Es kam der Weltkrieg, und an dessen Ende empfand das polnische Volk instinktiv, daß bald auch der Augenblick kommen werde, wenn sein Vaterland erstehen würde, und es schuf eine Organisation, die es in diesem neuerstandenen Vaterlande vor der Ausbeutung und der üblen Behandlung durch das Kapital schützen sollte. Diese Organisation hat sowohl in der Heimat wie in der Fremde ihre Aufgabe erfüllt. Allein jetzt, wo die Grenzscheiden endgültig gefallen sind, wo wir hier im Emigrantentum immer weniger werden, müssen wir an die Spitze unserer Arbeit nicht das Parteiwesen, sondern den Schutz der Nation stellen, den Schutz alles dessen, was polnisch ist. Wir müssen und wollen mit denen zusammen kämpfen, die bis jetzt zu uns nicht haben gehören wollen oder es wegen anderer politischer Überzeugungen nicht konnten.

Heute haben wir einen neuen Polenbund, der den letzten Polen unter seine Fittiche ziehen soll: denn von einer Ausrede kann heute nicht mehr die Rede sein, es sei denn, daß man kein Pole ist. Mancher wird sagen: „Warum schafft man fortwährend etwas Neues? Warum sind wir nicht bei dem verblieben, was wir bis jetzt gehabt haben?" — Diese armseligen Politiker! Man könnte sie mit einem Chinesen vergleichen, der seinen Kopf zu Großvaterszeiten getragen hat und ihn bis zu seinem Tode tragen wird. Laßt uns keine Chinesen, sondern Leute der Tat und des Fortschritts sein; organisieren wir uns so, daß wir in unsern Angelegenheiten die bestmöglichsten Ergebnisse erreichen können. Wir werden sie erreichen, wenn jeder ein lebendiges Glied in der Kette werden wird, die das polnische Volk in ganz Deutschland umschließen und es zu einem neuen Leben, zu einer besseren Zukunft führen soll."

Der Vorstand des Bundes der Polen in Deutschland, Landesverband III,

veröffentlicht im „Wiarus Polski" (Bochum, Nr. 28 vom 3. 2.) sein Rundschreiben Nr. 5:

„Wir durchleben einen kritischen Augenblick, der die Entfaltung unserer Organisation erschwerend beeinflußt. Örtliche Post- sowie Eisenbahnstreiks gestatten den regelrechten Verkehr mit den Ortsgruppen nicht. In einem solchen Augenblicke müssen die Ortsagitatoren unsere Sache nach Möglichkeit gut leiten. An die Landsleute in den Orten, in denen noch keine Ortsgruppen des Bundes der Polen in Deutschland bestehen, richten wir die Bitte, sich recht bald mit der Gründung von Ortsgruppen zu befassen, ohne sich auf die Unterstützung des Landesverbandsvorstandes oder auf Vortragende zu verlassen. Das Eintreffen von Versammlungsrednern ist nämlich aus den erwähnten Gründen mit Schwierigkeiten verknüpft.

In den Orten, in denen die Besatzungstruppen die Versammlungsräume in Anspruch genommen haben, bitten wir die Ortsagitatoren, sich gemeinsam zu verständigen und einen einstweiligen Ortsgruppenvorstand zu ernennen, der sich mit der Organisation der Mitglieder durch Hausagitation beschäftigen muß. Alle Ortsgruppen, die noch keine Ausweiskarten aus dem Landesverbandsgeschäftszimmer erhalten haben, ersuchen wir um die sofortige Einsammlung der Monatsbeiträge für Januar mittels Listen. Nach Empfang der Beitragsmarken und Ausweiskarten bitten wir, den bezahlten Januarbeitrag den Mitgliedern durch Beitragsmarken zu quittieren.

Infolge Anfragen aus verschiedenen Orten wegen einer Bundeslosung raten wir, bei Eröffnung einer Versammlung die Losung „Glück auf!", beim Schlusse aber den Gruß „Ehre den Polen!" zu gebrauchen.

Weil wir nicht imstande sind, den Wünschen der großen Zahl von Vereinen zu entsprechen, die Formulare zu Zwecken der polizeilichen Anmeldung von Versammlungen begehren, haben wir beschlossen, ein Formular in unserer Presse zu veröffentlichen, und wir bitten die Interessenten, sich der nachstehenden Unterlage zu bedienen."

(Es folgt ein Muster für ein Formular zur polizeilichen Anmeldung von Versammlungen.)

Neue Ortsgruppen des Bundes der Polen in Deutschland

wurden in der letzten Zeit gegründet in: Oberhausen, Wanne-West, Unter-Meiderich, Gelsenkirchen, Schalke, Duisburg-Laar, Rochlinghausen und in mehreren Berliner Bezirken.

Die polnischen Schulvereine in Deutschland

haben sich zu einem „Verband der polnischen Schulvereine in Deutschland" zusammengeschlossen, dessen Zweck die einheitliche Pflege des polnischen Schulwesens" ist.

Die Polen in Frankreich.

Ein dem „Narodowiec" (Herne, Nr. 27 vom 2. 2.) von seinem eigenen Korrespondenten zugegangener Pariser Brief behandelt die Entvölkerung Frankreichs und beleuchtet am Schlusse die

Gefahr der Entnationalisierung des polnischen Emigrantentums

folgendermaßen:

„... So denkt man denn auch in amtlichen französischen Kreisen vielmehr über andere Mittel zur Vermehrung der Bevölkerung Frankreichs, namentlich über die Naturalisation der ausländischen Arbeiter nach, natürlich nicht in der den Deutschen eigenen brutalen, sondern in der für die Bewahrung der eigenen Nationalität im Emigrantentum weit gefährlicheren Form — des Gewinnens für den französischen Geist und für die französische Kultur. Weil in Frankreich gegenwärtig ein zahlreiches polnisches Emigrantentum zu entstehen beginnt, sind wir der Meinung, daß unserem Emigrantentum von dieser Seite her eine ernste Gefahr droht. Darüber müssen wir ernstlich nachdenken. Wir verstehen die Lage unseres alten Schweizerlandes Frankreich. Wir möchten ihm helfen; das liegt übrigens auch in unserem eigenen Interesse. Wir freuen uns darüber, daß der Hundertsatz unserer Auswanderung, der schon infolge dieser Eigenschaft sich stets entnationalisiert, das französische Blut stärkt, nicht irgendein anderes; doch können wir nicht zugeben und haben wir nicht das Recht, zu gestatten, daß polnisches Kapital — die Arbeiter — für das Vaterland verloren gehe, das sie geboren, erzogen und ausgebildet hat. Deswegen müssen wir — wir erinnern noch einmal daran — möglichst schnell die Arbeiter in Frankreich mit einer besonders herzlichen nationalen Fürsorge umgeben, die mit allen ihren Wurzeln in der Heimat steckt."

Die französische Kriegspsychose.

Kein Gedanke an Abrüstung.

Der Sitzung der gemischten Abrüstungskommission des Völkerbundes kommt eine historische Bedeutung zu durch die Enthüllung der abrüstungsfeindlichen Tendenz Frankreichs, die Viviani mit einer alle Anwesenden erschreckenden Deutlichkeit zum Ausdruck brachte. Viviani wollte bei der Beratung des Garantieplanes von Lord Cecil überhaupt nichts von Abrüstung hören. Er widersetzte sich allen Vorschlägen, sogar der Beratung eines Planes, dessen praktische Durchführung vorläufig noch nicht in Frage kommen soll, so daß ihn schließlich einer der Teilnehmer fragte, ob denn Frankreich auch in aller Zukunft nicht an Abrüstung denken wolle. Immer wieder berief sich Viviani auf seine Verantwortlichkeit als Vertreter eines großen Landes, das in seiner Existenz durch die Abrüstung bedroht würde und das infolge dieser Bedrohung keinerlei Abrüstungsmaßnahmen erörtern könne. — Selbstverständlich kann man nicht abrüsten, wenn man die Hegemonie in Europa erstrebt und die Staaten des Festlandes zu seinen Vasallen machen will. Durch die Haltung Vivianis sind wieder einmal deutlich die imperialistischen Absichten Frankreichs gezeigt worden.

Die Gesundheit Poincarés erschüttert.

Schon seit etwa vier Monaten sind Gerüchte verbreitet, daß der Gesundheitszustand Poincarés stark erschüttert ist. Bereits nach der ersten Londoner Konferenz vom Herbst 1922 hieß es, seine sonst so robuste Nervenkraft sei nicht mehr die gleiche. Diese Gerüchte wurden systematisch unterdrückt, und man hörte lange nichts mehr davon. Sie tauchen jetzt angesichts der wachsenden Opposition gegen die Politik des französischen Ministerpräsidenten von neuem auf. — Daß die wachsenden Schwierigkeiten im Ruhrgebiet, die gespannte Lage im Orient, die wenig ruhmreiche Rolle Frankreichs im Memelgebiet, endlich die moralische Verurteilung der französischen Politik in fast allen Ländern Europas und Amerikas ungünstig auf den Gesundheits- und Nervenzustand des hauptsächlich für alles das Verantwortlichen wirken müssen, läßt sich denken. Die Red.

Französische Beklemmungen.

Die Zeitungen der Finanz und Industrie sind sich über die Gefahren der neuen Entwicklung klar und zeigen sich etwas bedrückt. „Wir haben nicht die Ruhr, die Ruhr hat uns," schreibt das „Tablogramme". „Wir haben die Überzeugung, daß wir Recht haben, aber praktisch haben nichts erreicht, als daß wir die Meinung der ganzen Welt gegen uns aufgebracht haben. Die Sympathien, die wir nach Beendigung des Krieges besaßen, sind verloren. Über diese Tatsache läßt sich nicht mehr streiten." Diese Zeitungen halten Verhandlungen für notwendig, aber „sie können nur dann mit Vorteil für uns geführt werden, wenn wir bewiesen haben, daß wir den Deutschen an Organisationsgeist und Energie überlegen sind".

Frankreich als Herostrat.

Die ganze Erbitterung über die bisherigen Mißerfolge ergießt sich in einem Wort des „Petit Journal", dessen Sonderberichterstatter schreibt: „Wir können das Ruhrgebiet nicht haben, da es ein unverdaulicher Bissen ist, aber Deutschland soll es dann auch nicht mehr haben."

Ein weißer Rabe.

Eine völlig vereinzelte Stimme ist es, wenn Viktor Basch in der „Ere Nouvelle" erklärt, daß die Verantwortung für die furchtbaren Folgen, die dieses Vorgehen haben kann, auf Frankreich lastet, das mit seiner Aktion sich aus der Gemeinschaft der zivilisierten Völker ausschließt, und es wird auch auf die Führer der jetzigen Politik Frankreichs wenig Eindruck machen, wenn das Zentralkomitee der französischen Friedensgesellschaften eine Resolution veröffentlicht, in der wieder einmal der Völkerbund zum Eingreifen aufgefordert wird. Mit solchen Sentimentalitäten gibt sich im Augenblick die öffentliche Meinung Frankreichs nicht ab. Alle Gerüchte über Vermittlungsbemühungen, wie sie in englischen und italienischen Zeitungen auftauchen, werden als deutsche Mache und als Anzeichen deutscher Schwäche bezeichnet.

Erfolglose Bemühungen um die Eisenbahn.

Die Franzosen versuchen an verschiedenen Hauptknotenpunkten des besetzten Gebietes militärische Eisenbahninspektionen einzurichten. Die ersten Versuche in dieser Hinsicht sind in Bonn unternommen worden, haben aber bisher nur ein negatives Resultat gehabt. Auch die Einrichtung von Militärinspektionen in Krefeld, Aachen, Koblenz, Trier, Mainz und Ludwigshafen werden die Franzosen infolge der handhaften Weigerung der Eisenbahner nicht durchführen können. Wie von zuständiger Stelle weiter mitgeteilt wird, ist es den deutschen Eisenbahnern gelungen, seit dem 6. Februar noch 60 Kohlenzüge ins unbesetzte Gebiet zu leiten. Die Franzosen sind bisher nicht in der Lage gewesen, Kohlenzüge in größerem Umfang aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich und Belgien abzufahren. Seit zwei Tagen versuchen sie auf der Strecke Jüngerath—Trier einen größeren Kohlenzug abzufahren doch sind ihre Bemühungen bisher auch mit Hilfe von drei Lokomotiven ohne Erfolg geblieben. Die Strecke dürfte infolge ihrer starken Steigungen überhaupt für den Kohlentransport ausfallen, zumal auch in näherer Zeit Kohlen- und Güterzüge nicht transportiert werden können.

Versuchte Bestrafung von Gelsenkirchen.

Nach der Verletzung von 2 französischen Gendarmen durch die Schüsse zweier Schupo-Beamten wurde Gelsenkirchen durch französische Truppen besetzt. In einer sofort einberufenen außerordentlichen Stadtverordnetensitzung teilte der dienstälteste Beigeordnete mit, daß der französische Major von der Stadt die Zahlung von 100 Millionen Mark bis morgen mittag 10 Uhr als Sühne für den Zwischenfall mit den beiden Gendarmerieoffizieren. Dieses wurde von der Stadt abgelehnt. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, morgen eine Abordnung zu General Degoutte nach Düsseldorf zu entsenden und wegen der Freilassung der Verhafteten zu verhandeln. Gegen 4 Uhr nachmittags rückte die gesamte französische Besatzung wieder aus Gelsenkirchen ab. Die besetzten Gebäude sind wieder geräumt. Mit Ausnahme der früheren Besatzung ist der alte Zustand wiederhergestellt. Über das Schicksal der verhafteten abgeführten Polizeibeamten ist immer noch nicht das mindeste bekannt. Wegen der

Weigerung der Stadtbehörden, die geforderte Geldbuße zu zahlen, wurden mehrere namhafte Bankiers der Stadt verhaftet.

Höchst gespannte Stimmung in Essen.

Nach einer Meldung des „8 Uhr-Abendblatts" aus Essen hat die Erbitterung der Bevölkerung den Höhepunkt erreicht. Die vor währenden Verhaftungen von Staatsbeamten und Privatbeamten hat eine derartig gereizte Stimmung geschaffen, daß man eine Explosion befürchtet.

Wesel und Emmerich nicht besetzt.

Der Telunion wird aus Wesel gemeldet: Die französischen Truppen, die auf der Richtung von Rheinhausen und Horde in Anmarsch auf Wesel befindlich gemeldet waren, sind nach Abhaltung von Felddienstübungen wieder nach ihren Standorten zurückgekehrt. Die Lage hier ist unverändert. In Emmerich ist nur das Zollamt besetzt, der Bahnhof und die öffentliche Gebäude in der Stadt sind frei.

Weygand Ruhr-Diktator.

Das „Tablogramm" teilt mit, daß nunmehr die Ernennung des Generals Weygand zum Oberbefehlshaber im Ruhrgebiet beschlossene Tatsache sei. An seiner Seite würden sich zwei französische und belgische Kommissionen befinden. Italien habe sich geweigert, an diesen Kommissionen teilzunehmen.

Der deutsche Reichspräsident

besuchte nach dem Aufenthalt in Karlsruhe auch Mannheim und Darmstadt, wo er Ansprachen hielt, in denen er erklärte, daß er sich über den energischen Widerstand der Pfälzer und Hessen freut und die Bevölkerung zu weiterem Widerstand bis zur letzten Kraft ermuntert.

Ruhrspenden aus dem Ausland.

Die deutsche Kolonie in Triest sandte bisher 9 Millionen Mark, einige Spender aus Basel, die nicht genannt sein wollen, 700 000 M. Nach dem „Aventader Tageblatt" stellten die dänischen Arbeiterorganisationen den Arbeitern des Ruhrgebietes 100000 Kronen zur Verfügung. Aus Stockholm kamen wieder große Spenden, Herr Dickelmann schickte 8 Millionen Mark, ein Ungenannter 5 Millionen, Frau von Schwerin 1 250 000 M.

Die deutsche Botschaft in Warschau hat ca. 1,8 Milliarden Mark gesammelt.

Die Deutschen in Shanghai haben als erste Rate 70 000 Goldmark übermittelt.

Die dänischen Sozialdemokraten werden ungefähr tausend Kinder aus dem Ruhrgebiet vorläufig auf drei Monate in Pflege nehmen.

Die Besprechung der englischen Thronrede.

Englische Heuchelei.

In der Debatte über die Thronrede im englischen Unterhaus erklärte das unionistische Mitglied Roberts in seiner Rede, die Herzen der Engländer seien bei den Alliierten. Sie wünschten Frankreich Erfolg bei einer Aktion, die nach ihrer Ansicht allerdings keinen Erfolg haben könne, sie hofften, daß sie mit dieser Ansicht unrecht hätten. Der nächste Redner der Unionisten-Collingwood Hughes erklärte, der freundschaftliche Geist, der seit so vielen Jahren zwischen England und Frankreich bestanden habe, müsse gefördert und dauernd gestaltet werden. Alle hofften, daß eine Regelung der Schwierigkeiten in Europa durch ein Zusammenarbeiten der Engländer und Franzosen zustande gebracht werden würde.

Reuter dementiert alle Gerüchte über eine bevorstehende Intervention der englischen Regierung zwischen Deutschland und Frankreich im Ruhrkonflikt. — In Wirklichkeit freut sich natürlich England darüber, daß Frankreich sich im Ruhrgebiet so hoffnungslos festgebissen hat. Gerade die Sympathieerklärungen sollen Frankreich in seiner Haltung bestärken. Die Hauptsache ist, daß, wie der König in der Thronrede besonders erwähnte, der englische Seehandel blüht und gedeiht. Das Geschäft ist die Hauptsache, und, wie sich zeigt, stört die Ruhrbesetzung dieses nicht im geringsten. Also hat England auch tatsächlich keinen aktuellen Grund zum Eingreifen. Denn politische Voraussicht, die künftige Gefahren bedenkt, fehlt dort übrigens scheint der Wortlaut der Thronrede ein Beweis dafür, daß von einer beabsichtigten Besetzung von Hamburg durch die Franzosen, von der kürzlich in der Presse die Rede war, in England nichts bekannt ist. Die Red.

Rede Bonar Laws.

Bonar Law hielt im Unterhaus am Mittwoch eine Rede über die Ruhrbesetzung. Er betonte, daß der Grund dafür, weshalb Frankreich der Festsetzung der deutschen Schuld auf 2½ Milliarden Pfund Sterling nicht zustimmte, die Furcht um seine Sicherheit gewesen sei, da man annahm, daß Deutschland die obenerwähnte Summe noch vor zwanzig Jahren abzahlen könnte und dann ebenso stark sein würde wie vor dem Kriege. Bonar Law stellte dann fest, daß keine französische Regierung auf ein Vertrauensvotum rechnen könne, wenn sie nicht alle Forderungen Poincarés in der Entschädigungsfrage als berechtigt anerkenne; denn die Entschädigungssummen seien für das Gleichgewicht des französischen Haushalts, sowie wegen der Tatsache unbedingt notwendig, daß das ganze französische Volk eine Gefahr für Frankreich befürchtet, wenn Deutschland Aktionsfreiheit erlangen würde. Man hält mich, sagte Bonar Law, für einen herzlichen Freund Frankreichs. Ich bin es auch heute noch, muß aber bekennen, daß ich in der Besetzung des Ruhrgebietes keine aufmunternde Perspektive sehe. Andererseits müsse Frankreich den Weg, den es nun einmal beschritten hat, zu Ende gehen. Bonar Law betonte, daß sich zwar englische Truppen im Rheingebiet befänden, daß es aber unbestimmt sei, ob sie dort weiter verbleiben, da entweder die Franzosen oder die Deutschen ihre Anwesenheit mit der Zeit unmöglich machen könnten. Eine Zurückziehung der englischen Truppen wäre ein großes Unglück, da sie das Ende der Entente cordiale bedeuten könnte. Der englische Ministerpräsident sieht die Möglichkeit der Zurückziehung der englischen Truppen für die nächste Zeit nicht vor. Es könne zwar in einigen Monaten der Fall sein, augenblicklich aber könne von ihr keine Rede sein.

Rede Lord Curzons.

Lord Curzon hat im Oberhaus eine Rede gehalten, in der er die Lausanner Konferenz und die Ruhrbesetzung besprach. Bezüglich der Konferenz von Lausanne sprach der Außenminister sein Bedauern darüber aus, daß die Türken im letzten Augenblick die Unterzeichnung des Friedensvertrages in der von den Alliierten vorgeschlagenen Form ablehnten. Curzon hofft jedoch, daß die Türken ihren Fehler einsehen und sich bereit erklären werden, den Vertrag zu unterzeichnen. Zur Besprechung der Ruhrbesetzung übergehend, erklärte Lord Curzon, daß Frankreich gegenwärtig vor ungeheure Schwierigkeiten gestellt sei und eine schwere Aufgabe vor sich habe, nämlich die Organisation des Wirtschaftslebens in dem besetzten Gebiet. Der Redner befürchtet, daß die Operationen die anfänglich rein wirtschaftlichen Charakter hatten und als solche durchaus begründet waren, politischen Charakter annehmen. „Wir sind gegenwärtig Zeugen einer Ausdauerprobe zweier Gegner," sagte Curzon. Großbritannien habe den Vorschlag, sich an den Operationen im Ruhrgebiet zu beteiligen, abgelehnt, da es auf dem Standpunkt stand, daß dadurch nicht die gewünschten Resultate erreicht würden. Lord Curzon beendete seine Rede mit der Erklärung, daß gegenwärtig von einer Vermittelungsaktion nicht die Rede sein könne. Italien habe zwar vergeblich versucht, eine Vermittelung vorzuschlagen, es sei aber klar, daß Deutschland, wenn der Vorschlag wiederholt werden sollte, die Räumung des Ruhrgebiets fordern würde, Frankreich aber diese Forderung so lange ablehnen würde, bis ihm nicht entsprechende Satisfaktionen garantiert würden.

Stimmungsbilder von Rhein und Ruhr.

Die „Königsberger Hartungsche Zeitung" bringt einen Aufsatz ihres Sonderberichterstatters über die Lage im alt- und neubesetzten Gebiet am Rhein und an der Ruhr, dem wir folgende Abschnitte entnehmen:

Die Elsässer im französischen Heer.

Viele Elsässer haben die Franzosen mit an die Ruhr gebracht, Elsässer mit und ohne Uniform. Sie sprechen deutsch mit der Bevölkerung; einige fühlen deutsch auch als Poilus, andere gebärden sich so. Man wird gut tun, sie mit Vorsicht zu genießen, denn nicht jeder, der deutsch spricht, denkt deutsch. Mitunter aber ereignen sich Szenen, die eines gewissen Humors nicht entbehren. Wird da in einer der westfälisch-rheinischen Grenzstädte französische Kavallerie eingesetzt, um harmlose Straßenpassanten auseinanderzutreiben. Die Bevölkerung sieht diesem Schauspiel französischer Heldenhaftigkeit nicht ohne Ironie zu. Neben mir ein paar Rheinländer, die den Franzosen hoch zu Roß vor uns anulken; er könne nicht reiten, sagen sie. Und als Antwort in rheinischem Platt: „Ein alter Düsseldorfer Ulan soll nicht reiten können . . .?" Der Mann war aus Kolmar.

Einen französischen Offizier sah ich, der mir auffiel, durch sein typisch deutsches Aussehen. Blond, blauäugig, ein wenig korpulent. Er setzte sich im Essener „Handelshof" zufällig an meinen Tisch. In Uniform. Am folgenden Tage traf ich ihn wieder, auf dem Hagener Bahnhof. In Zivil. Ein deutscher Herr begleitete ihn. Der Offizier, Elsässer, war desertiert. „Ich habe den Militärdienst drüben satt" sagte er, „in Deutschland erhoffe ich ein besseres Leben." Es klang eigenartig aus dem Munde eines Mannes, der vor wenigen Stunden noch Fochs' Uniform getragen hatte.

Die Spahis in Wiesbaden.

Im berggekrönten Wiesbaden, einer Stadt höchster deutscher Kultur, eine Parade der Beduinen, der Spahis. Erst seit wenigen Tagen ist Wiesbaden mit diesen Wüstensöhnen in ihrer malerischen Tracht beglückt. Die Parade ein Zirkusakt. Schmählich nur, daß diese Leute, die in die Wüste gehören oder in den Zoologischen Garten, wenn es französischen Generalen gefällt, auf die deutsche Bevölkerung losgelassen werden! Und so malerisch-exotisch sie aussehen mögen . . . ein Schandmal in der Geschichte Frankreichs bleibt ihre Verwendung am deutschen Rhein doch.

Am Nachmittag des gleichen Tages Parade der anderen farbigen Truppen, die Wiesbadens Weltbad-Vornehmheit besudeln, mit orientalischer Radaumusik vor dem Rathaus. Tschingteratabum im Negerrhythmus. Die Wiesbadener haben sich an diese Segnungen französisch-militaristischer „Kultur" schon gewöhnt. Der Fremde schüttelt den Kopf. Ein Engländer sagt laut „shocking". Der Mann hatte recht.

Die französische Sprache.

„Non fumeur" heißt es neben dem deutschen Nichtraucher in der Mainz—Wiesbadener Straßenbahn. Der Schaffner verkauft den weißen und farbigen Franzosen Fahrscheine für „cent-soixante Mark". Die französischen Verordnungsschilder entnehmen einem Befehl der Besatzungsbehörde . . . der biedere Schaffner hat französisch zählen lernen müssen, um nicht übervorteilt zu werden. Französiert aber sind die Deutschen am Rhein und am Main durch die Inschriften und den Sprachzwang für Einzelne noch lange nicht. Im Gegenteil: nirgendswo im Deutschen Reiche, selbst nicht an der Ruhr habe ich solchen Haß gegen die Welschen gefunden, wie am Rhein und an der Mosel. Er sollte den Franzosen eine Warnung sein.

Das Gesamturteil des deutschen Berichterstatters.

Der Gesamteindruck einer Rundfahrt an Ruhr und Rhein? Ein Erschaudern vor der Brutalität eines wahnwitzigen, eines verbrecherischen Militarismus. Ein inniges Mitgefühl mit der drangsalierten, bis aufs Blut gepeinigten Bevölkerung. Und doch eine freudige, das deutsche Herz leichter machende Gewißheit: nie wird es dem Franzmann, nie französischen Ränken gelingen, Rheinländer und Westfalen abtrünnig zu machen ihrem deutschen Vaterlande. Im Gegenteil: noch nirgendwo habe ich Deutschland, Deutschland über alles feierlicher, gläubiger, begeisterter singen hören, als in Essen (wobei französische Offiziere sich still und eilig aus dem Lokal drückten), und noch nirgendwo habe ich über allen Parteihader hinweg festere Einigkeit gefunden, als im feindumworbenen und feindgequälten Rheinland.

Die Bedeutung der Ruhrbesetzung für andere Staaten.

Die Ruhrbesetzung ist nicht nur für Deutschland von außerordentlicher Tragweite. Auch andere europäische Staaten haben bisher Ruhrkohle im großen Umfange verbraucht. Der Auslandsversand des Kohlensyndikats betrug im Jahre 1913 an Kohle 15,6 Mill., an Koks 4,4 Mill. und an Briketts 1,7 Mill. Tonnen; davon erhielt Holland 7 Mill. To., Belgien 4,8 Mill. To., Frankreich 4,6 Mill. To., Italien 1 Mill. To., die Schweiz 0,8 Mill. To., und selbst Skandinavien und Spanien waren vor dem Kriege Abnehmer. Da die Besetzung einen erheblichen Produktionsrückgang zur Folge haben muß, und auch der Abtransport sich sehr schwierig gestalten dürfte, so wird das Ausland noch weniger Kohle und auch Eisen aus den westdeutschen Gebieten als bisher beziehen können. Das kann besonders für die Schweiz, Italien, Österreich, vor allem aber für Süddeutschland verhängnisvoll werden. Es liegt auf der Hand, daß der französische Nationalismus dieses wirtschaftliche Monopol aufs äußerste ausnutzen wird, um dadurch seine politische Vormachtstellung noch mehr zu festigen und auszudehnen. Das könnte unter Umständen auch der sog. kleinen Entente und den umliegenden neutralen Staaten einmal recht unangenehm werden.

Ausweichende französische Antwort an die Schweiz.

Die Regierung der Schweiz hatte bekanntlich wegen der Verkehrsunterbrechung in Baden sowohl in Paris wie in Berlin Vorstellungen erhoben. Gestern überreichte die französische Regierung dem schweizerischen Gesandten in Paris ihre Antwort, die nach den Andeutungen der Schweizer Presse ziemlich ausweichend gehalten ist. Die französische Regierung weist lediglich auf die großen Anstrengungen hin, die sie zur Wiederingangbringung des Verkehrs mache, scheint aber keine bindende Zusage gemacht zu haben, da die Presse nichts davon erwähnt.

Anerkennung der Sowjets durch Frankreich?

An der Pariser Börse waren dieser Tage Gerüchte verbreitet, daß Frankreich in kurzer Zeit die Sowjetregierung offiziell anerkennen und eine diplomatische Vertretung nach Moskau schicken würde. Die Nachricht wurde in diplomatischen Kreisen bestätigt. Als aussichtsreichster Kandidat zur Vertretung Frankreichs in Rußland wurde der Senator de Monzie genannt.

Frankreichs Werben um Rußland.

Angeblich soll in Paris das Tagesgespräch schon nicht mehr die Ruhrbesetzung sein, sondern die Bestrebungen der Pariser Handelskammer, mit den Sowjets Handelsbeziehungen anzuknüpfen.

Die Lage im Orient.

Eine englische Note an Frankreich.

Poincaré empfing den englischen Botschafter, der ihm eine Note überreichte. England besteht auf einem energischen Vorgehen im Orient und soll diesem Wunsche deutlich Ausdruck verliehen haben. Die Note befaßt sich auch mit Mossul und malt die Folgen des Scheiterns der Konferenz von Lausanne in ziemlich düsteren Farben. England ist anscheinend nicht bereit, die Besprechungen mit den Türken wieder aufzunehmen; Frankreich aber vertritt den Standpunkt, wie ihn Pertinax im „Echo de Paris" andeutet, daß es selbst vorläufig genug im Ruhrgebiet zu tun habe, um, abgesehen von der Entsendung einiger Kriegsschiffe, aktiv im Orient eingreifen zu können.

Das neue Kabinett Stambulinski.

Das neue bulgarische Kabinett ist gebildet. Stambulinski bleibt Ministerpräsident, er behält das Äußere und provisorisch das Kriegsressort. Iwoff wurde Landwirtschaftsminister, interimistisch behält er das Portefeuille des Innern, Janeff das Justizministerium und interimistisch die Finanzen, Rakaloff die öffentlichen Arbeiten. Die Tendenz des Kabinetts scheint unverändert.

Deutsches Reich.

Große Getreidekäufe Deutschlands in Rußland.

Nach einem Bericht des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" ist zwischen der deutschen und russischen Regierung ein Abkommen zustande gekommen, auf Grund dessen Getreide im Werte von 2½ bis 3½ Millionen Goldmark von St. Petersburg nach Hamburg verschifft werden sollen.

**** Wie Berlin für Wohnungen sorgt.** Auf Grund der Wohnungsbauabgabe sind bisher, wie der Berliner Magistrat der Stadtversammlung auf eine deutschnationale Anfrage mitteilt, rund 2000 Wohnungen in Neubauten errichtet worden. Weitere 100 Wohnungen konnten in vorhandenen Gebäuden durch Ausbau von Dachgeschossen, Abtrennung von Wohnräumen usw. geschaffen werden. Insgesamt sind danach 2280 kleine Wohnungen errichtet worden mit einem Riesenapparat und Aufwendung großer Mittel.

**** Verpachtung der Berliner städtischen Häfen.** Die Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm die Verpachtung der städtischen Häfen an ein Konsortium von Spediteuren und Großkaufleuten gegen die Stimmen der Kommunisten an. Dem Konsortium werden die Häfen auf 50 Jahre gegen eine einmalige Entschädigung von 1½ Milliarden Mark übergeben. Außerdem hat das Konsortium die Kosten für die Fertigstellung des Westhafens gleichfalls in Höhe von 1½ Milliarden Mark zu tragen.

**** Straßenbahnfahrpreise in Berlin.** Die Berliner Straßenbahn beabsichtigt, da der seit Anfang Februar eingeführte 150-Mark-Tarif nicht ausreicht, um die Betriebskosten zu decken, eine Erhöhung des Fahrpreises auf 200 Mark vorzunehmen.

**** Die Eisenbahndirektion Osten,** die seinerzeit von Bromberg nach Charlottenburg verlegt und dort im ehemaligen Landwehrkasino am Zoologischen Garten untergebracht wurde, soll jetzt nach Frankfurt an der Oder verlegt werden.

**** Die Pferderennen in Preußen.** Der Landwirtschaftsminister hat den notleidenden Rennvereinen eine wesentliche Erhöhung ihres Totalisatoranteils bewilligt. Er beläuft sich für Berlin auf 10 Prozent des Umsatzes, für die Provinzvereine auf 15 Prozent.

Freistaat Danzig.

Der neue Oberkommissar für Danzig.

Nach einer an den Generalsekretär des Völkerbundes gelangten Mitteilung wird der neu ernannte hohe Kommissar des Völkerbundes für Danzig etwa am 22. dieses Monats in Genf eintreffen. Über sein Eintreffen in Danzig liegen noch keine Nachrichten vor.

†* Der Etat der inneren Verwaltung des Freistaats für das Jahr 1923 liegt vor. Er erbringt eine Einnahme von 101,64 Millionen, eine Ausgabe von 671,85 Millionen, erfordert mithin einen Zuschuß von 570,20 Millionen. Die höchste Ausgabe verursacht die Schutzpolizei mit 385,05 Millionen, dann kommt die Polizeiverwaltung mit 168,29 Millionen, dann in weitem Abstande einmalige Ausgaben mit 49,04 Millionen, Polizeischule mit 37,17 Millionen, Landjägerei mit 17,32 Millionen, Landratsämter mit 5,45 Millionen, Oberverwaltungsgericht und Bezirksausschuß mit 2,74 Millionen usw. Gegenüber dem Vorjahre hat sich die Gesamtsumme der Ausgaben um 587,41 Millionen erhöht. Die Erhöhungen sind in der Hauptsache auf gestiegene Gehälter und Besoldungen, gestiegene Unterhalts- und Sachaufwendungen zurückzuführen.

Aus aller Welt.

Die neue Wahlordnung in Österreich. Im Parlament fand eine Beratung der Führer der Mehrheitsparteien statt, in der auch der Bundeskanzler Dr. Seipel sowie der Vizekanzler und zahlreiche Fachreferenten der einzelnen Ministerien teilnahmen. Es handelte sich um eingehende Beratung der Frage der neuen Wahlordnung. Die Grundzüge der neuen Wahlordnung dürften binnen kurzem in den Vordergrund der parlamentarischen Verhandlungen treten.

Die verschiedenen Konfessionen in der Tschechoslowakei. In der Tschechoslowakei sind die einzelnen Konfessionen folgendermaßen vertreten: Römischkatholische 10 380 000, Protestanten 977 000, Bekenntnislose 728 000, Angehörige der tschechoslowakischen Nationalkirche 525 000, Israeliten 353 000, Griechischkatholische 339 000, Orthodoxe 75 000.

Beschlagnahme aller Golddepositen in Griechenland. Die Athener Regierung beschlagnahmte alle Golddepositen bei Banken, schätzungsweise 100 Mill Goldrachmen, und vergütet dafür 25 Drachmen für jedes Pfund Sterling, während der Kurswert pro Pfund 375 Drachmen beträgt. Fast alle Steuern wurden verdoppelt.

Eingehen einer deutschen Zeitung in Rumänien. Der „Bukarester Lloyd", die einzige in deutscher Sprache erscheinende Zeitung in Bukarest, die im 35. Jahrgang steht, muß jetzt ihr Erscheinen einstellen.

Statt Karten.

Die Verlobung meiner Tochter **Else** mit Herrn **Hugo Müller** zeige ich hiermit an.

Lydia Reschke, geb. Nockorkt.

Else Reschke
Hugo Müller
Verlobte.

Komanowko — Lukowo
Fastnacht 1923. [5509

Am 14. d. Mts. verschied plötzlich nach schwerem Leiden mein geliebter Mann, mein lieber Vater, der Kaufmann

Erich Weiss

im 43. Lebensjahre.

Dies zeigt an im Namen der Hinterbliebenen
Frau Ella Weiß, geb. Zeidler.

Die Beerdigung findet am Sonnabend dem 17. d. Mts., nachmittags 4 Uhr vom Friedhof Halbdorfstraße aus statt. (5519

Hackmaschinen
System „Woolnough"
(wie von Deyne gebaut)
für Getreide u. Rüben
liefert bei rechtzeitiger Bestellung in allen Breiten — desgl. Hackmesser
Woldemar Günter,
Landw. Maschinen und Bedarfsartikel, Felle und Oele
Poznań, ul. Sew. Mielżynskiego 6 — Tel. 52-25

Zur gefälligen Beachtung:

Jeder Anfrage an die Geschäftsstelle des
„Posener Tageblatts"
und die
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań
bitten wir stets das

Rückporto

beizufügen, da es nicht mehr möglich ist, bei den sehr vermehrten Portokosten diese Auslagen zu tragen.

Unsere verehrten Inserenten bitten wir, stets die Rechnungsbeträge für Anzeigen ohne Erinnerung an uns zu zahlen, da wir sonst das erhöhte Porto in Rechnung stellen müssen. Sämtliche Rechnungen sind innerhalb der auf diesen angegebenen Frist zu zahlen, da sonst Nachnahme mit erhöhtem Portozuschlag erfolgen muß!

Auch bitten wir bei Zahlungen stets die vermerkte Buchungsziffer anzugeben und bei allen Postzahlungen auf dem Abschnitt zu vermerken, wofür die Zahlung geleistet wird.

K. Zuther, Mühlenbau,
Meseritz Grenzmark (Deutschland).
Neu- und Umbauten von
Getreidemühlen. [5431
Lieferung von Maschinen und Müllereibedarf, neu und gebraucht.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**
in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat März 1923

Name .....
Wohnort .....
Postanstalt .....
Straße .....

DEUTSCHE
OSTMESSE KONIGSBERG PR.
18. bis 23. Februar 1923
Kaufleute aller Branchen
besucht die
E • R • S • T • E
der
GROSSEN DEUTSCHEN
FRUHJAHRSMESSEN

Korsetts (182
Hüftenhalter
Büstenhalter
in grösster Auswahl
empfiehlt
Spezial-Korsettgeschäft
S. & W. Kaczmarek
Poznań
ul. 27. Grudnia 20.

Tausch-Geschäft!
Meine beiden [5490
Privat-Häuser
mit 11 im Industriebezirk in **Deutschland,** 33 Zimmer m. Gasbeleuchtung, Stallung und **Obstgarten,** sind sofort geg. eine **Landwirtschaft** von **15–50 Morgen zu vertauschen.** Nur ernstgemeinte Reflektanten mögen sich melden. Schriftliche Angebote an
Josef Nowak
in **Renkawein,** Post Milawa, pow. Mogilno.

Möbeltaxen
auch außerhalb prompt und gewissenhaft führt aus **Max Bernhardini,** Möbelhändler Aleje Marcinkowskiego 3b

---

In guter Familie wird zum 1. März d. J. eine **Pension** frei. Schülerin von außerhalb oder Berufsdame wird bevorzugt. Landw. Produkte werden mit Pensionspreis verrechnet. Angebote unt. **B. 5518** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Invalide 28 J. alt, sucht nähere Bekanntschaft einer Lebensgefährtin zw. spät. **Heirat.**
Bild mit näheren Angaben u. **5507** a. d. Geschäft. d. Bl.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.
Synagoge A
Wolnica.
Freitag, 16. Februar, abends 5 Uhr.
Sonnabend morgens 9¼ Uhr mit Schacharis beginnend u. Predigt.
nachm. 5 Uhr Mincha mit Jugendandacht u. Predigt.
Sabbatausgang 5 Uhr 21 M.
Werktags-Andacht.
Morgens 7 Uhr (Montag und Donnerstag 6¾ Uhr), ab. 5¼ Uhr.
Synagoge B
(Israel. Brudergemeinde),
Ulica Dominikańska.
Freitag, 16. Februar, abends 5 Uhr
Sonnabend den 17. Februar vorm. 10 Uhr.
Die Andacht findet in der geheizten kleinen Synagoge statt.

Wohnungen

Möbliertes Zimmer
für 2 bis 3 bessere Herren 1. Etage in feinem Hause, Nähe Botanischer Garten, **per sofort zu vermieten.** Off. unter **5389** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Liebeshaus Frauenhilfe zu Wolsztyn E. V.
Dienstag, den 27. Februar, nachm. 5 Uhr, in Posen im Geschäftszimmer d. Frauenhilfe, Aleje Marcinkowskiego 26 II
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht.
2. Rechnungslegung.
3. Neuwahl des Vorstandes.
Alle Mitglieder werden hierdurch zu vollzähliger Teilnahme dringend eingeladen.
Der Vorstand.
E. Bickerich. M. Werner. E. v. Rosenstiel.

Versand-Buchhandlung.
Direkte Lieferung von
Büchern, Zeitschriften, Musikalien
Zur Anschaffung empfehlen:
Dux, Die Kartei des Kaufmanns mit 11 Abbildungen und Vordrucken.
Witte u. Gracy, Wie lerne ich schneidern. Prakt. Lehrbuch zur Selbstanfertigung der Damen- und Kinderkleidung.
Wimer, Trümmer, Ein deutscher Roman.
Kommentar zum Alten Testament aus Talmud und Midrasch.
v. Strack u. Billerbeck, I. Evangelium d. Matthäus.
Herwig, Jan v. Werth. Ein Reiterroman.
Demuth, Der junge Tod. Roman.
Vollmöller, Schein.
Kliche, Die Aufrechten. Ein Kulturroman aus der Gegenwart.
Glockemeier, Werden und Vergehen von Staaten.
Ostermann, In Ihm war das Leben. Ein Jahrg. Predigten (evangel).
Betke, Der kaufmännische Stil.
v. Sell, Die Gylfens. Roman.
Eick, Kaufmann sei holz.
De Laclos, Gefährliche Freundschaften. Einzige Ausg.
Drews, Der Herrgottschnitzer. Roman.
Burg, Hexe. Ein heiterer Harzroman.
Kapp, Das Opernbuch. Eine Geschichte der Oper und ein musik. dramat. Führer durch die Repertoiropern.
Schaffner, Johannes. Roman einer Jugend.
Dethe, Empor. Worte unserer Zuversicht.
Havenstein, Vornehmheit und Tüchtigkeit.
Schaffert, Märtyrer. Der Leidensweg der baltischen Christen.
Bliß, Die Erbschaft. Schwank in 1 Akt und 6 Rollen-Büchern.
Hahn, Meyer beim Zahnarzt od. der 1. April. Schwank in 2 Bildern und 6 Rollenbüchern.
Vanderlip, Was aus Europa werden soll?
Brockdorff, Gr. Buttransch. Eine Liebesgeschichte aus dem Roten Rußland.
Lent, Die Witwe von Nymwegen. Roman.
Herold, Die vom Walddorfe. Roman.
Braun, Ein deutscher Prophet.
Brunn, Ganda. Roman.
Schäfer, Die 13 Bücher der deutschen Seele.
Klemm, Aus Enge und Weite.
Koch, Jungfer Ariel.
Mader, Granatenhof.
Rudert, Die Stadt des Schweigens
Zeitschriften:
Neue Musikzeitung von Dr. Holle.
Die Woche.
Daheim.
Velhagen u. Klasing's und Westermann's Monatshefte.
Europäische Modenzeitung.
Für's Haus.
Deutsche Jägerzeitung.
Die Lehrerin, Organ des allgemeinen deutschen Lehrerinnenvereins.
Die Gartenlaube.
Sämtliche Bestellungen,
auch solche von hier nicht angezeigten Büchern, Zeitschriften und Musikalien bitten wir
direkt an uns
zu senden!
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6

Besseres Hausgrundstück
(Getreidehandlung) in bester Lage einer Grenzstadt sofort zu verkaufen. Erforderlich ca. 30 Millionen Mark. **Franz Miller, Wieleń** (Netze). (5502

Schaufensterscheibe
2,5×3 m mit Einrahmung und dazu gehöriger Jalousie
zu verkaufen. Angebote unt. **J. 50** an **Rudolf Mosse, Poznań, Wronieckа 12** erbeten. 1745

Spielplan des Großen Theaters.

Freitag, den 16. 2. abends 7½ Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen",** Oper von Offenbach.
Sonnabend, den 17. 2. abends 7½ Uhr: **„Carmen",** Oper von Bizet.
Sonntag, den 18. 2. nachm. 3 Uhr: **„Konrad Wallenrod",** Oper von Zelenski
Sonntag, den 18. 2. abends 7½ Uhr **„Die Fledermaus",** Komische Oper von Strauß.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol Ecke ul. Fredry und Sew. Mielżyński Prom.

Kino Apollo
Pekary 17.
Heute, zum 1. Male:
„Die Sultanin der Liebe"
(Sułtanka miłości).
Liebesroman aus dem Lande der Sonne und der Blumen in **6 Akten.**
Der **kolorierte Pathé-Film** wurde im grössten Warschauer Lichtspieltheater „Colosseum" sechs Wochen hindurch vorgeführt.
Beginn um 4½, 6½ und 8½ Uhr.

Tunel Europejski
Billigstes und größtes Restaurant
ul. Kantaka 2–4.
Empfiehlt dem verehrl. Publikum seine vorzügliche Küche.
Reichhaltiger Mittagstisch à 1600
von 12 bis 4 Uhr.
Täglich Konzert.
Treffpunkt der Fremden.

Unentgeltlich!
Die
Methodisten-Mission
ul. Starbowa Nr. 1, I. Etage
(fr. Louisenstr.)
macht bekannt, daß im oben erwähnten Hause
unentgeltliche
Handels-Lehrkurse
stattfinden. Ebenso wird **polnischer und englischer Sprachunterricht** erteilt sowie auch ein **Kursus von Näh-, Zuschneide- und verschiedenen Stickarbeiten.**
Alle die erwähnten Kurse werden an entschiedene Christen unentgeltlich erteilt.
Anmeldungen von 9–12 und von 4–9 Uhr abends.

Freiwillige Nachlaß-Versteigerung
in Wronki, Klasztorna,
Montag, den 19. Februar, vorm. 10 Uhr:
Möbel, Betten, Wäsche.
Der Testamentsvollstrecker
Stolpe. [5506

Obst- und Alleebäume, Pfirsich-, Frucht- und Ziersträucher, Rosen, Spargel-, Erdbeer- u. Heckenpflanzen, sowie sämtl. **Baumschulenartikel** empfiehlt
Aug. offmann, Baumschulen, Gniezno. (551

Fischotterfelle bis ¾ Million
Marderfelle bis ½ Million
Fuchsfelle bis 230 000
Hasenfelle . . . . . bis 10 500
Roßschwanzhaare . . Pfd. bis 11 000
je nach Qualität werden Preise gezahlt

Schafwolle
Tausche und gebe für 3½ Pfund Schafwolle
1 Pfd. gute Strickwolle.
Fellgeschäft Poznań, św. Marcin 34.
Privatwohnung: **ulica Starbowa 14,** Keller.

Das Recht im Dienst der Altershilfe.

(Unterhaltsverträge und Geldentwertung.)

Von Rechtsanwalt Mühring in Jarotschin.

Wer sich verpflichtet hat, einem andern den Lebensunterhalt durch Zahlung einer Geldrente zu gewähren oder auch nur einen Beitrag zu dem Lebensunterhalt des andern zu leisten, muß die Rente der Geldentwertung entsprechend erhöhen. Eine Unterhaltspflicht kann auf Gesetz oder auf Vertrag beruhen. Auf Gesetz beruht beispielsweise die Verpflichtung des Ehemanns zum Unterhalte der schuldlos geschiedenen Ehefrau, ferner die Verpflichtung des in gerader Linie Verwandten gegenüber verarmten Angehörigen, also des Sohnes gegenüber dem verarmten Vater oder des Vaters gegenüber dem Kinde, welches außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Auch die Unterhaltspflicht des unehelichen Vaters beruht auf Gesetz. In der Regel wird die Unterhaltspflicht durch Gewährung einer Geldrente gewährt, welche im voraus auf drei Monate zu zahlen ist. Zu den auf Vertrag beruhenden Unterhaltspflichten gehören insbesondere diejenigen aus den sogenannten Ausgedingeverträgen. Überläßt der Vater dem Sohne oder der Tochter sein Vermögen, so pflegt er für sich und seine Ehefrau und häufig auch für einige seiner Kinder zu vereinbaren, daß gegen Überlassung des Vermögens (Grundstücks) bestimmte Leistungen oder Nutzungen zum Unterhalte zu gewähren sind. In der Regel muß sich der Übernehmende verpflichten, neben Gewährung einer Wohnung landwirtschaftliche Produkte in einer bestimmten Menge und zu bestimmten Terminen zu liefern. Häufig aber haben sich die Eltern lediglich eine Geldrente ausbedungen oder auch neben den Produkten eine kleine Geldrente gesichert. Die Geldrente ist der Entwertung unterworfen und reicht zum Lebensunterhalt meistens nicht mehr aus. Die Alten leiden häufig bittere Not, insbesondere dann, wenn das Grundstück in fremde Hände übergegangen ist und der Eigentümer die auf dem Grundstück ruhende Unterhaltspflicht als drückende Last empfindet. Diesen Alten steht ein Rechtsanspruch zur Seite auf Erhöhung der Geldrente. Sie können ihn im Wege der Klage gegen den zur Zahlung der Rente Verpflichteten gerichtlich*) verfolgen. Die Gerichte bekennen sich jetzt durchweg zu dem Grundsatz, daß man bei Renten, welche auf Gewährung von Lebensnotwendigkeiten gerichtet sind, davon ausgehen muß, daß der Betrag der Rente den in Zahlen ausgedrückten Lebensbedarf darstellt. Fällt der Geldwert in so erheblichem Maße, daß bei Gleichbleiben der übrigen Verhältnisse der Unterhalt von der festgesetzten Rente nicht mehr bestritten werden kann, so liegt bei Anwendung der Grundsätze von Treu und Glauben eine Erhöhung der Rente im Sinne des im Vertrage zum Ausdruck gekommenen Willens der Parteien. Nur die Einschränkung ist zu machen, daß die Erhöhung nur insoweit gewährt werden kann, als der zur Zahlung der Rente Verpflichtete nach seinen Vermögens- und Erwerbsverhältnissen zu ihrer Bestreitung in der Lage ist. Ist die Rente als sogenanntes Ausgedinge im Grundbuch eingetragen, so kommt für das Maß der Einschränkung nicht nur die persönliche Leistungsfähigkeit des zur Gewährung der Rente Verpflichteten, sondern auch die Leistungsfähigkeit des betroffenen Grundstücks in Betracht. Besteht das Ausgedinge nur zum Teil in einer Geldrente, so ist die Geldrente in gleicher Weise zu erhöhen und hierbei der Zweck der Geldrente zu beachten. In der Regel dient die neben den Naturalien gewährte Geldrente der Anschaffung von Kleidung oder Beschaffung desjenigen, was der Mensch neben Essen und Trinken billigerweise sich an Lebensgütern zu beschaffen berechtigt ist. Hierbei ist zu bedenken, daß der also Berechtigte seine Bedürfnisse der jetzt allgemein eingetretenen Einschränkung in der Lebensführung anpassen muß.

Falls der zur Zahlung der Rente Verpflichtete zu ihrer Erhöhung sich nicht bereit erklärt, empfiehlt es sich, nicht sofort die Klage gegen ihn einzureichen. Besser tut man, wenn man unter Angabe des Anspruchs vor dem Amtsgericht, vor welchem der Gegner seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, beantragt, daß zum Zweck eines Sühneversuchs Termin bestimmt werde. (§ 510, C. P. O.) Erscheinen beide Parteien und wird ein Vergleich geschlossen, so ist der Vergleich zu Protokoll festzustellen. Kommt ein Vergleich nicht zustande, so wird auf Antrag beider Parteien der Rechtsstreit sofort verhandelt, auch wenn die Sache zur ausschließlichen Zuständigkeit des Landgerichts gehört. Ist der Gegner nicht erschienen, so ist Klage zu erheben. In der Mehrzahl der Fälle wird es dem Richter gelingen, zwischen den Parteien einen Vergleich zu erzielen, welche die beiderseitigen Interessen ausgleicht. Dieser Zweig der Rechtspflege gehört zu den schönsten und vornehmsten Pflichten des Richters, welcher auf diesem Wege den Staat in den Dienst der Altershilfe stellt.

*) Vgl. Urteil des Reichsgerichts vom 22. 5. 1922 — 702/21 IV. J. W. 1923 S. 46.

Die Wolgadeutschen.

Von Johannes Schleuning.*)

An der unteren Wolga liegen 204 deutsche Dörfer, „Kolonien" genannt und mehrere hundert kleine Niederlassungen (Chutors), eine eigenartige deutsche Welt, die, umgeben von Slawen und asiatischen Mongolen, dort bodenständig geworden ist. Mehr als 750 000 Deutsche zählte dieses Siedlungsgebiet vor dem Kriege. Das Land dieser Bauern, das etwa 25 Millionen Hektar Ackerland betrug, liegt in langen, breiten Streifen an den beiden Ufern der Wolga, das rechte (Saratowsches Gouvernement) unter dem Namen Bergseite, das linke (Samarasches Gouvernement) unter dem Namen Wiesenseite. Nur einzelne Kolonien liegen abseits von dem geschlossenen Siedlungsgebiet, umgeben von russischen, kirgisischen und tatarischen Dörfern. Die große Mehrzahl der Dörfer bildet ein zusammenhängendes, geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet, wie wir es in ganz Rußland in dieser Größe und Geschlossenheit nicht mehr vorfinden. Merkwürdigerweise fand das erste Manifest der Zarin Katharina II. vom Jahre 1762, das zur Siedlung rief, keinen Widerhall. Die Siedler blieben aus. Den Grund für diesen Mißerfolg gibt Katharina II. selbst an in ihrem zweiten Manifest, jenem grundlegenden und für spätere Zeiten vorbildlichen Staatsakt, auf Grund dessen die Voreltern der Wolgadeutschen ihre alte Heimat verließen, um sich in Rußland eine neue zu schaffen. Hatte das erste Manifest vom Jahre 1762 nur Versprechen ganz allgemeiner Art enthalten, ohne die Rechte der Auswanderer in Einzelheiten festzulegen, so wurde das Versäumte in dem Manifest vom 22. Juli 1763 um so eingehender nachgeholt. In feierlichem Erlaß werden die Rechte der künftigen Ansiedler vor ganz Europa unter Siegel des Zaren dargelegt. Dies Manifest ist zum Schicksal der späteren Wolgadeutschen geworden; es enthielt alles, was sich Auswanderer nur wünschen konnten. Besondere Werbekraft hatten folgende Bestimmungen: Große russische Ländereien mit ihrem Reichtum und einer für Handel und Gewerbe angeblich bequemen Lage wurden den Kolonisten zur freien Wahl gestellt. Wahl des Wohnortes, des Berufes und freie Religionsübung wurde zugesagt. Den Unbemittelten wurden die Reisekosten versprochen. Zum Häuserbau und zur Anschaffung von Geräten sollten Vorschüsse gewährt werden. Den Kolonisten wurde Selbstverwaltung, eigene Rechtsprechung und erforderlichenfalls eine Schutztruppe zugesichert. Allen Auswanderern und ihren Nachkommen wurde Befreiung vom Militärdienst und freie Rückwanderung gewährleistet, ferner für die ersten zehn Jahre Befreiung von allen Abgaben und Steuern. Weitere Vorrechte wurden auf Grund späterer Verhandlungen in Aussicht gestellt, alle Vorrechte auch auf die Nachkommenschaft für „ewige Zeiten" ausgedehnt.

Um der amtlichen Werbung mehr Nachdruck zu geben, wurden besondere Auswanderungsagenten eingestellt, die das „Manifest" erläuterten und die Versprechungen noch weit überboten. Kein Wunder, daß die vielfach verarmten und kriegsmüden Bewohner der deutschen Länder den Schilderungen pochenden Herzens lauschten. Trotz der Auswanderungsverbote der deutschen Landesfürsten meldeten sie sich in Scharen auf den verschiedensten Sammelplätzen. Alles war vertreten: Bauern, Handwerker, Soldaten, Offiziere, Ärzte, Studenten, Edelleute und Künstler. In allen Staaten des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation griff die Bewegung um sich, besonders stark aber unter den Süddeutschen. Pfälzer, Hessen, Schwaben, Elsässer, Sachsen u. a. griffen zum Wanderstabe, mit allen erdenklichen Garantien und Zusicherungen versehen.

Über Lübeck und Danzig gingen die Transporte zur See nach Kronstadt und Oranienbaum. Die Seereise allein dauerte in einzelnen Fällen sechs Wochen. In Oranienbaum mußten sie viele Wochen lagern. Hier wurde ihr Schicksal entschieden. Sie sollten alle Bauern werden, die Wolgawildnis urbar machen und der Kultur erschließen, während sie bis dahin auf Grund des Manifestes gehofft hatten, sich ihre Berufe sowie den Ort der Niederlassung frei wählen zu können. Nur ein kleiner Teil durfte sich bei und in St. Petersburg als Handwerker niederlassen. Aus diesen ist ein Kranz kleiner deutscher Kolonien um Petersburg entstanden.

Hatten die Kolonisten während der langen, sechs bis sieben Monate währenden Reise viele Enttäuschungen und Entbehrungen durchlebt, waren als Folge davon auch bereits unzählige unterwegs gestorben: die ganze Trostlosigkeit und Schwierigkeit ihrer Lage sollte ihnen doch erst klar werden, als sie an Ort und Stelle angekommen waren und eine Wildnis um sich sahen, in der ihnen an allen Ecken und Enden der Tod drohte. Aber der Auswandererstrom war im Fluß und konnte nicht mehr aufgehalten werden. So wurden in den Jahren 1764 bis 1767 im ganzen 8000 deutsche Familien mit rund 27 000 Seelen angesiedelt. Das Wolgagebiet war damals noch gänzlich unerforscht; denn die Reise dahin war lebensgefährlich, da in dieser Wildnis nur Räuber und nomadisierende Mongolenstämme, Tataren, Kirgisen, Kalmücken, hausten. Die Ansiedler sollten nicht nur dieses unwirtliche Gebiet urbar machen und der Kultur erschließen, sondern auch zugleich einen sicheren Schutzwall bilden gegen den ewig unsicheren Osten. Nach den ersten Versuchen, in die Heimat zurückzukehren, die ein Teil der Beteiligten mit dem Tode bezahlen mußte, gingen sie mit der Verzweiflung der bitter Enttäuschten an ihre Aufgaben. Erst in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts trat die Wendung zum Besseren ein. Die Ansiedler hatten sich mit ihrem harten Schicksal abgefunden, sie hatten festen Fuß gefaßt und sich den Verhältnissen angepaßt. Der Naturforscher Pallas besuchte im Jahre 1793 auf seiner Reise nach Asien die Wolgagegend und konstatierte den großen Fortschritt, den die Kolonien in zwanzig Jahren — er war im Jahre 1773 in demselben Gebiet gewesen und hatte die Kolonien in trostlosem Zustand gefunden — gemacht hatten. Er schilderte den Überfluß an Lebensmitteln in den Wolgastädten, wie Kasan und Saratow, und bemerkte dazu: „Astrachan und mehrere entfernte Städte werden von hier aus mit Getreide versorgt, wozu die deutschen Kolonien nicht wenig beitragen. Diese haben seit zwanzig Jahren an Wohlstand sowie an Volksmenge beträchtlich zugenommen und sind gleichsam erneuert und umgeschaffen." Sie waren Herren geworden über alle Widerstände und hatten die Wildnis besiegt.

Im Jahre 1874 war bereits die „Ewigkeit" der Befreiung der Kolonisten vom Militärdienst zu Ende gegangen; die Kolonisten wurden gezwungen, im russischen Heer zu dienen. Es begann die Zeit der Russifizierungspolitik. Die Kolonisten waren eine Macht geworden, mit der die russische Regierung rechnen mußte. Unter unzähligen Opfern hatten sie die Wildnis besiegt und in übermenschlichen Anstrengungen aus ihr eine Kornkammer Rußlands gemacht. Dabei hatten sie sich aber ihr Deutschtum und ihre Religion in ursprünglicher Reinheit zu wahren gewußt, obwohl sie keinerlei Beziehungen mehr zum Mutterlande hatten und unterhielten. Wie sich die einzelnen deutschen Volksstämme in ihren Kolonien zusammengeschlossen hatten, so wahrten sie Mundart, Sitten und Gebräuche der alten Heimat, und noch heute kann jedes geübte Ohr in den Kolonien sofort den Hessen vom Sachsen, den Pfälzer vom Schwaben unterscheiden. Rein und klangvoll werden die Heimatdialekte auch heute noch in den Kolonien gesprochen; nur daß sich hier und da russische Ausdrücke für Dinge, die sie in russischer Umgebung kennen gelernt, eingeschlichen haben. Deutsche Dialektforscher haben während des Krieges besonders Sprachstudien an den Kriegsgefangenen aus dem Wolgagebiet gemacht. Auf Grund dieser Untersuchungen konnte immer mit Sicherheit der Heimatsort des entsprechenden Dorfes, aus dem der Kriegsgefangene stammte, festgestellt werden. Auch an dem Glauben der Väter hielten die Kolonisten in der Fremde, ihrer neuen Heimat, mit unverbrüchlicher Treue fest. Wie die Kolonien ursprünglich angelegt waren, katholische, evangelisch-lutherische und reformierte (drei Viertel evangelisch, ein Viertel katholisch), so haben sie bis heute ihre religiöse Eigenart bewahrt, eine Tatsache, die sie aber nie daran hinderte, sich in allen nationalen und wirtschaftlichen Fragen als eine Einheit zu betrachten und zu betätigen.

Katharinenstadt, die größte deutsche Kolonie in Rußland, ist ihrer ganzen schmucken Anlage wie auch ihrem regen Handels- und Industrieleben nach viel eher eine bedeutende Stadt als ein Dorf. Als der Krieg ausbrach, schickten sich die Wolgadeutschen gerade an, das 150jährige Jubiläum ihres Bestehens zu feiern. Es sollte ein Ehrentag für die Kolonisten werden, an dem sie voll Stolz auf all die wirtschaftlichen und kulturellen Segnungen hinweisen wollten, die sie Rußland im Laufe dieser 150 Jahre gebracht, an dem sie aber auch ein Bekenntnis zu ihrem Volkstum, das sie so treu in der Fremde gepflegt hatten, vor ganz Rußland ablegen wollten. Aber anstatt der erwarteten Festfreude zogen die Leiden und Verfolgungen der Kriegszeit ein. Weder die großen Opfer an Gut und Blut, die sie dem russischen Staate brachten, noch die schweren Bedrückungen, die sie von eben diesem Staate zu erdulden hatten, konnten die innere Kraft dieses Volksstammes brechen.

Als die Revolution im März 1917 die unterdrückten Völker Rußlands auf den Plan rief zum Kampfe für ihr Selbstbestimmungsrecht, da standen die deutschen Kolonisten nicht zurück. Sie waren die ersten in Rußland, die sich wieder deutsche Zeitungen und deutsche Schulen schufen, die sich aber ebenso entschlossen gegen jede Art von Anarchie wandten. Erst den Bolschewisten sollte es gelingen, was weder Kalmücken noch Kirgisen, was weder den wilden Tieren noch schleichenden Krankheiten, mit denen die Kolonisten in den ersten Jahrzehnten ihrer Ansiedlung zu kämpfen hatten, gelungen war: die Widerstandskraft zu brechen und die Kolonisten mit gänzlicher Vernichtung zu bedrohen.

Die Leiden der Kriegszeit hatten den Kolonisten ihr Deutschtum erst recht zum Bewußtsein gebracht. Sie fühlten gerade in den Augenblicken, wo sie in Gefahr standen, alles zu verlieren und von Haus und Hof gejagt zu werden, um ihres deutschen Namens willen, erst recht die Schicksalsgemeinschaft mit dem deutschen Volke. Um so fester war nun nach der Revolution ihr Wille, für ihr Recht einzutreten. Bereits im April 1917 fand ein großer

*) Im Verlage von Ferdinand Hirt, Breslau, ist eben ein Buch erschienen, das allgemein Beachtung verdient: „Deutsche im Ausland" im Auftrage des Reichswanderungsamtes und in Verbindung mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland herausgegeben von Friedr. Wilh. Mohr und Walter v. Hauff. Auf rund 300 Seiten behandeln beste Sachkenner die einzelnen deutschen Siedlungsgebiete und damit die Entwicklung des Auslandsdeutschtums in der ganzen Welt. Wir bringen einen Auszug aus dem Abschnitt „Die Wolgadeutschen".

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Duncker, Berlin.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(23. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Die Herzlichkeit des Einvernehmens, die ein Jahr zuvor geherrscht hatte, war mit einem Schlage vergessen, und die feindselige Aufforderung des Rottbauern, Fernleitner möchte, wenn er solche Anschauungen hegte, die Dorfschenke verlassen, fand so einhellige Zustimmung, daß der Dichter es für geraten hielt, ihr unverzüglich Folge zu leisten.

In tiefer Verstimmung, verfolgt von ein paar wilden Verwünschungen, schritt er die Dorfstraße entlang, und stieß bei den letzten Häusern auf Loisl, der ihn hier erwartet hatte. Ein kräftiger Händedruck lohnte dem alten Knecht seine Treue.

Loisl machte keinen verfehlten Versuch, Fernleitner über die Tatsachen hinwegzutrösten.

Sie stehen nicht allein!" beschwor er ihn. „Obwohl der Rottbauer mein Brotherr ist und mich von heute auf morgen entlassen kann, halte ich doch zu Ihnen und bin fest entschlossen, Ihnen bei allem, was Sie tun werden, zu helfen!"

„Mein lieber, guter Loisl!" sprach Fernleitner noch einmal. „Du hast recht, wir wollen zusammenhalten, was auch kommen mag. Aber es wird Kampf geben, heißen Kampf!"

* * *

Mit hingebungsvollem Eifer widmete sich Loisl in den nächsten Wochen dem Ziele, Fernleitner die erlittene Unbill vergessen zu lassen. Er pflanzte rings um den Zaun der Blockhütte des Dichters, dort, wo sich das Land nach der unteren Hochalm zu senkte, einen breiten Streifen Wald an und scheute die Mühe nicht, aus den umliegenden Gehölzen schon ganz große Bäume auszuheben und in die neue Pflanzung zu versetzen. So erreichte er es, daß man die untere Hochalm, und was darauf vorging, von Fernleitners Blockhütte aus nur mehr durch einen grünen Schleier von Tannennadeln sah, was Fernleitner alsbald als dankbare Wohltat zu empfinden begann.

Einige Tage später ging er als Abgesandter Fernleitners nach Wildenreuth hinunter und machte dem Rottbauern ein Kaufangebot auf einen breiten Streifen der Almwiese rings um die Hütte.

Der Bauer zögerte mit seinem Entscheid, denn er wußte, daß Vogelreuther einen großen Wegbau plante, zu dem er dieses Gebiet möglicherweise benötigte; und da er inzwischen von den Städtern gelernt hatte, wie man am besten nach zwei Seiten hin Verhandlungen führte, bat er sich von Loisl Bedenkzeit aus und teilte Vogelreuther das Angebot mit, um dadurch den Kaufpreis künstlich in die Höhe zu treiben.

Da erstand Fernleitner in dem einstigen Freunde ein unerwarteter Verbündeter. Vogelreuther nahm die sich bietende Gelegenheit, mit Fernleitner wenigstens zu einer Verständigung zu kommen, mit Vergnügen wahr und scheute sich nicht, den Dichter in seiner Blockhütte aufzusuchen.

Fernleitner empfing ihn jedoch ziemlich frostig. „Was verschafft mir das Vergnügen?" fragte er kühl.

Vogelreuther versuchte es mit einem Scherzwort. „Als wir uns unlängst trennten, sagten wir uns: „Auf gute Feindschaft!" nicht wahr?"

„Ganz recht!" nickte Fernleitner. „Um so überraschender kommt Dein Besuch!"

„Auch Feinde führen manchmal Verhandlungen!" erwiderte Vogelreuther schlagfertig.

„Und worüber willst Du verhandeln?" forschte der andere knapp.

Da gab sich Vogelreuther geschickt den Anstrich biederer Ehrlichkeit: „Du wolltest vom Rottbauern einen Streifen Wiesenland kaufen!" lächelte er. „Natürlich ist der alte Fuchs Tags darauf sofort zu mir gekommen und hat mir den nämlichen Streifen Land zum Kaufe angeboten, um möglichst viel herauszuschlagen."

Fernleitners Antlitz verfinsterte sich. „Ich finde, die Bauern sind recht gelehrige Schüler!" warf er verächtlich hin.

„Sie lernen mit verblüffender Schnelligkeit das Schlechte von uns!" parierte Vogelreuther den Hieb. „Aber das soll uns nicht hindern, auch unsererseits zusammenzustehen und eine Verständigung zu finden!"

„Und wie denkst Du Dir denn diese Verständigung?" forschte Fernleitner noch immer in eisiger Zurückhaltung.

„Ich weiß, daß Dir daran liegt," begann Vogelreuther mit betonter Herzlichkeit, „von Deiner Blockhütte nach Möglichkeit jeden fremden Verkehr fernzuhalten. Ich wäre daher unter Umständen bereit, meinen Weg nach dem Gletscher in einem so großen Bogen um Dein Anwesen herum zu führen, daß Dein empfindliches Auge auch nicht durch die geringste Erscheinung aus dem Gebiet meines Hotels gestört werden soll."

In Fernleitners Augen glomm ein Schimmer von Freude auf, aber er machte sofort wieder kühler Ueberlegung Platz, und seine Stimme klang ganz geschäftsmäßig, als er die Frage stellte: „Und was wäre der Preis für dies unleugbare Entgegenkommen?"

„Nun wirst Du staunen!" lächelte Vogelreuther. „Denn ich will nichts weiter als Dein Wort, daß Du Dich jeder öffentlichen Stellungnahme gegen mein Hotel enthälst?!"

Fernleitners Blicke bohrten sich in die Augen des andern. „Du willst mich also kaufen?" fauchte er.

„Das ist wohl nicht der richtige Ausdruck!" hielt ihm Vogelreuther geschickt entgegen. „Denn ich will ja nicht, daß Du eine gekaufte Meinung, die nicht Deiner Ueberzeugung entspricht, der Welt zum besten gibst."

„Dafür wäre ich auch nicht zu haben!" bemerkte Fernleitner mit einer gewissen Schärfe.

„Das weiß ich!" nickte Vogelreuther. „Aber ebenso bestimmt hoffe ich, daß Du nicht gegen eine Verständigung bist, die auch Dir Vorteile bringt."

(Fortsetzung folgt.)

Kolonistenkongreß in Saratow statt, auf dem die Durchführung der Selbstverwaltung in den deutschen Kolonien auf Grund des Selbstbestimmungsrechts, das von der Kerenski-Regierung anerkannt worden war, und auf Grund ihrer alten Rechte beschlossen wurde. Ein erhebendes, unvergeßliches Bild — dieser Kongreß! Mehr als 400 Bauern, die Vertreter sämtlicher Kolonien, hier bei der nationalen Arbeit zu sehen, beim Aufbau, während ringsum im Russenreich noch alles durcheinander ging! Mitten in diese aufbauende Tätigkeit fiel im Spätherbst des Jahres 1917 der bolschewistische Umsturz! Schwere Unruhen brachen in den Kolonien aus. Der Widerstand wurde allmählich blutig niedergeschlagen, die Widerstandskraft der Kolonisten durch ewige Erpressungen und Sozialisierungen, durch Gefängnis und Hinrichtungen gebrochen, die unabhängige deutsche Zeitung geschlossen.

Mit zahllosen Kommissaren und Kommissariaten wurde nun die Kolonie überschwemmt. Tausende Fremde überfielen die Dörfer und wurden zum Schrecken der Kolonisten. Die wohlhabenderen Bauern wurden aus ihren Häusern vertrieben, die schönen, großen Bauernwirtschaften wurden zerstört und das Land in gleiche Teile verteilt, die schönen Viehbestände vernichtet. Leute, die nichts von der Landwirtschaft verstanden, bekamen ebenso viel Land zugewiesen wie die Bauern, die es durch Fleiß und Tüchtigkeit zur Musterwirtschaft gebracht hatten. Die Ernte wurde den Leuten weggenommen. So schrumpfte die Aussaatfläche in den Kolonien ständig zusammen. Als im Frühjahr 1921 den Bauern das Verfügungsrecht über ihre Überschüsse bei der Ernte wieder zugesichert wurde, gab es bereits keine Überschüsse mehr. Die Landwirtschaft war vernichtet, die Industrie zerstört, die „Kornkammer" zu einem Trümmerhaufen geworden. Kein Wunder, daß bei der Trockenheit des Sommers 1921 alles zugrunde gehen mußte.

Das deutsche Rote Kreuz hat in Zusammenarbeit mit der internationalen Nansenhilfe, mit verschiedenen landsmannschaftlichen Vereinigungen in Deutschland und Amerika in großzügiger Weise im Frühjahr 1922 die Rettungsarbeit begonnen und Zehntausende vor dem sicheren Hungertode gerettet. Außerdem wird durch seine Arbeit der Wiederaufbau der Kolonie in die Wege geleitet.

Vom Auslandsdeutschtum.

Ein deutscher Volkstag in der Bukowina.

Ende des Jahres wurde im Deutschen Hause in Czernowitz ein Deutscher Volkstag abgehalten, der eine gewaltige Kundgebung des Deutschtums wurde. Der Saal war überfüllt; deutsche Bauern, Studenten, Lehrer, Beamte und Kaufleute waren in großer Zahl erschienen. Der Vorsitzende Dr. Lang gab zunächst den Gefühlen der Loyalität gegenüber dem Staate und der Dynastie Ausdruck, während sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. Der Volkstag sei der Ausdruck der Geschlossenheit aller Deutschen, aber auch ihrer Entschlossenheit, ihre Rechte zu wahren. Die Vereinigung der einzelnen Parteien zu einer geschlossenen Front sei eine begrüßenswerte Tatsache. Die Romanisierung der Schulen sei schon viel zu weit getrieben worden. Die größere Zahl der deutschen Volksschulen sei bereits abgebaut, und alle Mittelschulen bis auf eine einzige. Auch die deutsche Lehrerbildungsanstalt sei bereits verloren. Die zahlreichen Versprechungen auf Abhilfe seien nicht erfüllt worden. Im Jahre 1918 habe man für die Universität deutsche Vortragssprache versprochen, wenn sich das Buchenland für den Anschluß ausspreche; heute aber werde frisch rumänisch vorgetragen.

Der Leiter des Deutschen Kulturamtes in Großrumänien, Professor Dr. Csaki, sprach über die kulturellen Bestrebungen des Deutschtums. Die geistige Geschlossenheit müsse durch kulturellen Ausbau der Organisation gewährleistet werden. Einigkeit nach innen und Entschiedenheit nach außen verlangte Rudolf Brandsch, Entgegenkommen gegenüber dem Willen der Mehrheit, das aber eine Grenze haben müsse, Verstand, der mit Gefühl gepaart sei. Man stehe wieder da, wo man 1919 gewesen sei. Die Regierung lache über die Forderungen der Deutschen, wenn sie sehe, daß keine Einigkeit unter ihnen herrsche. Die Deutschen erfüllten ihre Pflichten gegenüber dem Staat, verlangten aber auch, daß der Staat seine Pflichten gegen die Deutschen erfülle. Die Schmiede in Bukarest, die das Recht der Deutschen schmieden solle, arbeite schlecht. Der Ministerpräsident habe ihm einmal gesagt, für die Deutschen sei Bukarest der Mittelpunkt und nicht Berlin oder Genf. Das gebe er zu, aber dann müsse auch Bukarest für die Deutschen sorgen. Die Deutschen könnten nicht mehr lange warten, bis man in Bukarest die Arbeit umstelle; die Minderheitsfrage müsse befriedigend gelöst werden. Abg. Dr. Roth begrüßte die Buchenländer als die Fahnenträger des Deutschtums. Seit der Begründung des Verbandes der Deutschen in Großrumänien in Czernowitz sei eine Tragödie über die Deutschen des Buchenlandes hereingebrochen: die Auflösung des deutschen Schulwesens. Die Auflösung der deutschen Lehrerbildungsanstalt in Czernowitz bedeute eine krasse kulturpolitische Vergewaltigung. Die Regierung dürfe ein Qualitätsvolk nicht als Kulturdünger benutzen. Im „deutschen Lager" ruhe ein „schlafendes Heer", aber einmal erwache, wenn es notwendig werde, und einig und geschlossen dastehe. Die Deutschen geben dem Staate das Seinige, der Staat möge auch ihnen das Ihrige geben. Abgeordneter Dr. Ritter richtete an die Buchenländer Schwaben kernige Worte, alle konfessionellen Gegensätze aus dem Spiel zu lassen. Die Notwendigkeit finanzieller Opfer für die Kampfbereitschaft und auch der Schaffung einer guten deutschen Presse wurde fernerhin betont.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung forderte der Volkstag Sicherstellung der den Deutschen gebührenden Vertretung in Parlament und Gemeindevertretung, Gleichberechtigung der deutschen Sprache vor Gericht und in der Verwaltung, deutsche Unterrichtssprache in der Volksschule und in der Mittelschule durch deutsche Lehrer, eine deutsche Lehrerbildungsanstalt mit deutscher Unterrichtssprache, Belassung der deutschen Mittelschule in Czernowitz und Neu- und Wiedergründung deutscher Mittelschulen in Radautz, Errichtung deutscher Volksschulen in Kimpolung, Sereth und Dorna, wo je 150 bis 200 deutsche Kinder ohne Schule seien, und auch überall dort, wo die gesetzlichen Vorbedingungen dafür gegeben seien, endlich gleichmäßige Behandlung der deutschen öffentlichen Angestellten und Gleichberechtigung der deutschen Anwärter bei Durchführung der Agrarreform. Der deutsche Volksrat bitte ernstlich, ihm nicht die Aufrechterhaltung der Staatsgesinnung der Deutschen durch Verfagung der Rechte für die Deutschen unmöglich zu machen, und bitte, die Deutschen nicht zu verbittern. Schließlich faßte man eine Entschließung zugunsten der Einlösung der Kriegsanleihe. Am Abend schlug ein Turn- und Tanzfest des Turnvereins Jahn die wohlgelungene und bedeutsame Veranstaltung.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 15. Februar.

Der Massenmord bei Posen.

Der oder die Mörder noch nicht gefaßt.

Das entsetzliche Kapitalverbrechen in Piatkowo, Kr. Posen-Ost, dem, wie wir gestern berichteten, die ganze Familie Kostera, bestehend aus sieben Personen, am Montag abend zum Opfer gefallen ist, hat sich trotz der unermüdlichen Tätigkeit der Posener Kriminalpolizei, die während des gestrigen ganzen Tages bis in die späten Abendstunden hinein fortgesetzt wurde, bisher noch nicht aufklären lassen. Jedenfalls ist oder sind der oder die Täter bisher nicht ermittelt. Eine Spur, die auf Angehörige der ermordeten Familie ursprünglich zu zeigen schien, hat sich inzwischen als irrig erwiesen, da die betreffenden Personen einwandsfrei ihr Alibi nachgewiesen haben, so daß sie als Täter überhaupt nicht in Frage kommen. Inzwischen verfolgt die Untersuchungsbehörde eine neue Spur, die auf einen einzigen Mörder, nicht auf mehrere, hinzuführen scheint.

Zunächst ist noch einwandsfrei festgestellt worden, daß es sich um keine gewöhnlichen Morde, sondern um schwere Raubmorde handelt. Denn es fehlen Herrenkleidungs- und Wäschestücke, verschiedene Goldsachen und auch bares Geld, das Kostera besessen haben muß. Ferner scheint auch festzustehen, daß 2 Ztr. Roggen aus der bäuerlichen Besitzung Kosteras fehlen, der vor etwa zwei Jahren als polnischer Rückwanderer aus Amerika zurückgekommen ist. Die furchtbaren Taten müssen am Montag vor dem Abendbrot oder während desselben, und zwar von einer mit den Verhältnissen genau vertrauten Persönlichkeit verübt worden sein. Kostera war Montag nachmittag mit mehreren Familienangehörigen in Posen gewesen. Festgestellt ist ferner, daß die Opfer fast ausschließlich mit Hammerschlägen oder mit solchen irgend eines anderen harten Instruments getötet worden sind. Der 16jährige Knecht hat außerdem an der rechten Stirnseite ein tiefes Loch, das von einem Stich mit einer Mistgabel herzurühren scheint.

Von einer ganz ungewöhnlichen tierischen Verrohung des Mörders zeugt es, daß er nach der Verübung der sieben Morde die ganze Nacht hindurch auf der Besitzung gehaust hat. Denn als am Dienstag morgen ein Milchkutscher, der aus dem Dorfe von mehreren Besitzern Milch in die Stadt zu fahren pflegt, von der Kosteraschen Wirtschaft die Milch abholen wollte, fand er gegen die sonstige Gewohnheit das Hoftor verschlossen, und eine Mannesstimme rief ihm auf polnisch zu: „Heut gibts keine Milch."

Später hat er dann den Kosteraschen Kastenwagen mit zwei kleinen Pferden Kosteras, einem Fuchs und einem Wallach, bespannt und ist vermutlich mit den beiden Zentnern Roggen nach Posen gefahren, um sie dort zu veräußern. Er hatte sich, um sich unkenntlich zu machen, eine Decke über den Kopf gezogen. In dieser Verkleidung ist er von einer Nachbarstochter, die sich auf dem Wege nach Posen befand, gesehen und angesprochen worden. Auf ihre Bitte: „Herr Kostera, nehmen Sie mich doch mit," gab er aus begreiflichen Gründen keine Antwort, sondern fuhr schleunigst davon. In Posen machte er an der Ecke des Sapiehaplatzes und der ul. Solna (fr. Magazinstraße) mit seinem Fuhrwerk Halt, wo auch Kostera immer mit seinem Wagen zu halten pflegte, und dieser Umstand scheint ebenfalls darauf hinzuweisen, daß der Mörder mit den Kosteraschen Gepflogenheiten vertraut gewesen sein muß.

Es muß mit aller Entschiedenheit damit gerechnet werden, daß jeder Einzelne, der zur Aufklärung des entsetzlichen Verbrechens, das weit über das Weichbild von Posen hinaus Abscheu und Entsetzen hervorgerufen hat, beitragen kann, sich schleunigst im Zimmer 48 der Posener Kriminalpolizei meldet. Keinesfalls darf der Massenmörder seiner wohlverdienten Strafe entgehen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Mörder das Getreide irgendwo zum Kauf angeboten oder auch verkauft hat. Ferner ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß er bei hiesigen Altwarenhändlern die geraubten Sachen verkauft oder doch zum Kauf angeboten hat. Auch diese werden zutreffendenfalls gebeten, sich schleunigst bei der Kriminalpolizei zu melden. Bemerkt sei noch, daß der Kastenwagen mit einer Tafel und der Inschrift „Kostera, Piątkowo" versehen ist.

Auf die Ermittelung des Mörders wird zweifellos in allernächster Zeit eine hohe Belohnung ausgesetzt werden.

Ein schwerer Raubüberfall.

Gestern nachmittag zwischen 4—5 Uhr wurde die Piekary 13 (fr. Bäckerstraße) alleinwohnende Taubstumme Marja Labecka in ihrer Wohnung von einem jungen Manne überfallen und beraubt. Der jugendliche Räuber versetzte ihr mit einem Messer und mit einer Schere verschiedene Stiche in Kopf, Hals und Hände, raffte darauf, was er fassen konnte, zusammen und flüchtete. Die Schwerverletzte wurde dem Stadtkrankenhause zugeführt. Die von der Kriminalpolizei sofort aufgenommene Fahndung nach dem frechen Banditen, die auch die Nacht hindurch fortgesetzt wurde, führte heut morgen zu dem erfreulichen Ergebnis, daß der Täter in dem 22jährigen Edmund Tulszka aus Posen festgenommen werden konnte. Er wohnte ul. Grobla 27 (fr. Grabenstraße). Bei der Gegenüberstellung wurde er von der Überfallenen mit Bestimmtheit wiedererkannt. Er hat denn auch ein Geständnis abgelegt und will aus Not gehandelt haben.

Die Samenausfuhr aus Polen.

In einer Reihe von Beratungen des Landwirtschafts- und Handelsministeriums mit den Fachorganisationen wurde nachstehendes Programm für die Samenausfuhr festgelegt:

Bedingungslos verboten ist die Ausfuhr von rotem, weißem und schwedischem Klee, Wundkraut (Wollblume), Luzerne, Lupinen, Honigklee, sowie die aller Arten von ölhaltigen Pflanzen mit Ausnahme von Mohn. Ausfuhrfrei sind ohne irgend welche Einschränkungen: Samen von roten und Futterrüben, Hackfrüchten und Gräsern (Raigras, Timothy), Kümmel, Esparsette, Mohn und Blumensamen. Für Peluschken und Wicke wurde ein Kontingent von je 100 Waggons festgesetzt. Für Zuckerrübensamen wurde ein Kontingent von 100 Waggons bis zum 15. Januar festgelegt. Nach diesem Zeitpunkt ist die Ausfuhr frei. Notwendig ist jedoch zur Erlangung von Ausfuhrgenehmigungen die Beifügung einer Bescheinigung der Zentralsektion für Samenangelegenheiten über die sachliche Befähigung der Firma und die Güte des auszuführenden Samens. Ihr Zweck ist die Vermeidung von Benachteiligungen des Samenaußenhandels durch unfachmännische Firmen und minderwertige Samensorten.

Aus der Tätigkeit der Posener Postsparkasse.

Das soeben erschienene zweite Heft der Monatsberichte der Postsparkasse beginnt mit einer Abhandlung über die Zunahme der Emission und den wirklichen Bedarf an Umlaufsmitteln. Die Vertiefung der Verwirrung in den polnischen Valutaverhältnissen werde nicht nur von der immer größer werdenden Banknotenemission, sondern auch von der Unmöglichkeit der Festlegung des Staatsbudgets, dem Mangel an wirtschaftlicher Konsolidierung und von gewissen Gebrechen der polnischen Handelsbilanz bewirkt. An Hand einer Tabelle wird dann nachgewiesen, daß die Vermehrung der Banknoten nicht nur eine namhaftere Befriedigung der Bedürfnisse des Geldverkehrs nicht herbeigeführt, sondern im Gegenteil den bestehenden Geldhunger noch vertieft habe. Zum Schluß der Abhandlung wird eine Lanze für den Scheckverkehr gebrochen. Unter Hinweis darauf, daß in der Tschechoslowakei 77 Scheckkontoteilnehmer auf 1000 Einwohner kämen, während in Polen das Verhältnis 1 zu 1000 sei, und darauf, daß in England der Scheckverkehr den Bargeldverkehr fast ganz verdrängt habe, wird festgestellt, daß ohne eine Ausbreitung

Drei Gedenktage.

Von Hans Gäfgen.

Im Jahre 1923 sind 150 Jahre verflossen, seit Goethes „Goetz" in der heute meist zur Aufführung gelangenen Form Gestalt gewann. Es liegen drei Bearbeitungen vor. Die erste stammt aus dem Jahre 1771, wurde aber erst nach dem Tode des Dichters gedruckt. Die zweite Fassung, die auch die den Zeitgenossen Goethes bekannte war, stammt aus dem Frühling 1773 und hat Eingang in die meisten Goethe-Ausgaben gefunden. Zum dritten Male formte der Dichter den Stoff im Jahre 1787; besonders Wert legte er dabei auf die Entfernung aller Fremdwörter. Deutsche Geschichte wurde durch den „Goetz" zum ersten Mal in großer, würdiger Form auf die Bühne gebracht; die drei Einheiten des Ortes, der Tageszeit und Handlung wurden hier zum ersten Male gesprengt. Das Werk errang bei seiner ersten Aufführung in Berlin am 12. April 1774 einen großen Erfolg und mußte vierzehnmal wiederholt werden, was in jener Zeit eine außerordentliche Seltenheit war. Als Kuriosum mag nicht unerwähnt bleiben, daß man es für nötig befunden hatte, als Einlage ein Zigeunerballett (!!) tanzen zu lassen.

Gleichfalls anderthalb Jahrhunderte sind 1923 seit dem Abschluß von Bürgers „Lenore" verflossen. Bürger hat sich um die Ballade, ohne Schillers und Goethes überragende Vollendung zu erreichen, Verdienste erworben; aus dem Bänkelsängertum hat er diese Dichtform wieder zum Kunstwerk emporgehoben und mit einigen seiner Balladen, zuvörderst mit der „Lenore", eine noch heut währende Volkstümlichkeit errungen. Von April bis August 1773 hat der Dichter an der „Lenore" gearbeitet; ob die Überlieferung, daß ein von seinem Dienstmädchen oft gesungenes Volkslied den Dichter zu seinem Meisterwerk anregte und er sogar Teile aus diesem Volksliede übernommen habe, richtig ist, dürfte heute kaum noch festzustellen sein. Daß der Stoff der „Lenore" einem in ganz Europa bekannten Sagenstoff nahe verwandt ist, ist dagegen sicher, womit nichts gegen die Bürgersche Ballade, welche der Gestaltungskraft eines echten Dichters ihre Entstehung verdankt, gesagt sei. Im Göttinger Dichterkreis las Bürger sein Werk zuerst vor; es wurde begeistert aufgenommen, um, nach seiner Veröffentlichung im Göttinger Musenalmanach für 1774, seinen Siegeslauf durch ganz Deutschland und Österreich anzutreten. Auch Goethe konnte sich dem Eindruck der „Lenore" nicht entziehen und trug die Dichtung des öfteren in vertrauten Kreisen vor. Walter Scott hat die Ballade ins Englische übertragen; Übersetzungen in andere Sprachen ließen ihr Bewunderer in allen Ländern entstehen.

1823 erschien Rückerts „Liebesfrühling". Vieles aus diesem Buche ist heute vergessen; manches, wie etwa „Er ist gekommen in Sturm und Regen" ist heute noch allbekannt. Grillparzer hat mit seiner Meinung, „bei Rückert werden die sieben Mageren die sieben Fetten fressen, und es wird nichts übrig bleiben", zum Teil wenigstens Recht gehabt. Ein Lied aber, wie dieses sollte unvergessen sein:

Sie sprach: Ich bin dir nicht mehr gut!
Sie sprach es mit Gebärden,
Daß ich es fühlt' in Mark und Blut,
Sie sei mir gut, und sei mir gut,
Wie niemand sonst auf Erden.

Eine gut gewählte Auswahl aus Rückerts „Liebesfrühling" dürfte auch heute noch zahlreiche Leser finden.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **Maxim Gorki als Filmdichter.** Maxim Gorki, der sich bekanntlich in Deutschland niedergelassen und schon seit geraumer Zeit wieder ganz seiner literarischen Tätigkeit zugewandt hat, arbeitet an der Geschichte des russischen abenteuerlichen Nationalhelden Stenjka Rasin aus dem 17. Jahrhundert. Es gibt über diese romantische Gestalt, die einmal eine der populärsten ganz Rußlands gewesen ist, nur zerstreute Überlieferungen, die Maxim Gorki in jahrelanger, mühseliger Arbeit gesammelt und geordnet hat. Der russische Schriftsteller wird jedoch sein Werk nicht erscheinen lassen, sondern hat sich entschlossen, eine Darstellung zu schaffen, die im Film ihre Auferstehung erleben soll. Sascha Goron, in Berlin bekannt als Hersteller des „Brennenden Ackers", hat mit Maxim Gorki ein Abkommen getroffen, so daß mit der Herstellung des Films, dessen Außenaufnahmen auf der Wolga und auf der Krim stattfinden werden, begonnen werden kann, sobald die schwierigen und ungewöhnlichen Vorbereitungen beendet sind.

— **Neue Memoirenwerke** werden im Laufe der nächsten Monate im Münchener „Verlag für Kulturpolitik" erscheinen, der soeben Karl Friedrich Nowaks „Chaos" herausgebracht hat. Karl Werkmann, der letzte Geheimsekretär des fr. österr. Kaisers, wird in seinem dokumentenreichen Memoirenbuche „Der Tote auf Madeira" das Schweizer Exil Kaiser Karls, namentlich die bisher unbekannte Vorgeschichte der ungarischen Restaurationsversuche und das Ende jenes Habsburgers behandeln. Der erste revolutionäre Präsident des republikanischen Ungarns, der noch immer exilierte Graf Michael Karolyi, gibt, mit allen internationalen Zusammenhängen, seine Tätigkeit und seine Erlebnisse in dem Werke „Gegen eine ganze Welt". Der englische Marschall Haig, gerade jetzt im Mittelpunkt des Interesses durch den Streit, ob er oder Foch den Krieg gewann, wird in seinem großen Memoirenwerk seine Kriegsführung schildern. Endlich wird General Hoffmann, der deutsche Generalstabschef der Ostfront, sich kritisch mit dem Krieg auseinandersetzen. Sein Werk wird den Titel „Der Krieg der versäumten Gelegenheiten" führen. Alle diese Werke erscheinen gleichzeitig in verschiedenen Sprachen.

Bunte Zeitung.

○ **Goethe über die Gegenwart.** Er schrieb nicht gestern, sondern im Jahre 1797: „Sehr merkwürdig ist mir aufgefallen, wie es eigentlich mit dem Publikum einer großen Stadt beschaffen ist. Es lebt in einem beständigen Taumel von Erwerben und Verzehren, und das, was wir Stimmung nennen, läßt sich weder hervorbringen noch mitteilen; alle Vergnügungen, selbst das Theater, sollen nur zerstreuen, und die große Neigung des lesenden Publikums zu Journalen und Romanen entsteht eben daher, weil jene immer und diese meist Zerstreuung in die Zerstreuung bringen." Weiterhin schreibt er am 8. August 1797 von Frankfurt: „In Frankfurt ist alles tätig und lebhaft und das vielfache Unglück scheint nur einen allgemeinen Leichtsinn bewirkt zu haben. Die Millionen Kriegskontribution, die man im vorigen Jahre den vorgedrungenen Franzosen hingeben mußte, sind so wie die Not jener Augenblicke vergessen, und jedermann findet es äußerst unbequem, daß er nun zu den Interessen und Abzahlungen auch das Seine beitragen soll. Ein jeder beklagt sich über die äußerste Teuerung und fährt doch fort, Geld auszugeben und den Luxus zu vermehren, über den er sich beschwert. Doch habe ich auch schon einige wunderliche und unerwartete Ausnahmen bemerken können."

○ **Der Trick der Bilderbräute.** Neuyorker Blätter bringen lange Berichte, in denen auf die Zunahme des japanischen Einflusses auf den Hawai-Inseln im Stillen Ozean aufmerksam gemacht wird. Die Nachrichten gehen auf die Beobachtungen einer Kommission zurück, die vom Washingtoner Arbeitsamt über die Arbeitsverhältnisse auf den zu den Vereinigten Staaten gehöriger Inseln gemacht wurden. Danach „beherrschen" die Japaner die Insel mehr und mehr und wissen das Verbot der Einwanderung geschickt zu umgehen. Die Neuankömmlinge aus dem Reich des Mikado werden nämlich in großem Umfange von den bereits auf Hawai wohnenden Japanern als Kinder adoptiert, und die Frauen erscheinen als sogenannte „Bilderbräute". So nennt man nämlich Frauen, denen die Einreise in die Vereinigten Staaten auf Grund einer Photographie erlaubt wird, die ein Mann als das Bild seiner Braut vorweist. Da die Japaner sich überaus rasch vermehren, so wird behauptet, daß sie schon jetzt die Hawai-Inseln „zahlenmäßig, politisch und wirtschaftlich" unter ihre Einflußsphäre gebracht haben.

des Scheckverkehrs und seine gründliche gesetzliche Regelung die Einrenkung der Valuta geradezu unmöglich sei.

Weitere Artikel behandeln die Finanzpolitik der Postsparkasse und die Spareinlagen, bei denen erwähnt sei, daß einen wichtigen Platz in der Teilnehmerrubrik die Rückwanderer aus Amerika einnehmen, die vor ihrer Rückkehr nach Polen Kapitalien für Spareinlagen senden, die sie aber nach dem Eintreffen in Polen wieder abheben. Dann folgt eine Aufstellung über die Verteuerung der Drucksachen der Postsparkasse, und den Schluß bilden wieder tabellarische Mitteilungen über Depositen, Wechsel usw.

Ausfuhrverbot.

Nach einem Beschluß des Wirtschaftsausschusses des Ministerrates ist die Ausfuhr folgender Artikel streng verboten: Roggen, Weizen Futtergetreide, Hafer, Rindvieh, Pferde, Schweine, Fleisch, Fette und Räucherwaren. Gerste, Malz, Eier und Zucker können mit Genehmigung des Haupt- Ein- und Ausfuhramtes gemäß der vom Wirtschaftsausschuß beschlossenen Normen ausgeführt werden. Dem Kommissar zur Bekämpfung der Teuerung steht das Widerspruchsrecht zu. Die Angelegenheit gelangt dann vor den Ministerrat.

Erhöhung des Petroleumpreises. Wie der „Kurjer Poranny" mitteilt ist der Petroleumpreis in Polen in der letzten Sitzung der Sachverständigenkommission der Regierung heraufgesetzt worden. Aus Privatbetrieben stammendes Petroleum soll in Zukunft 1370 Mark das Liter kosten. Staatliches Petroleum behält einen niedrigeren Preis, und zwar 1200 Mark für das Liter.

Ausfuhrabgabe für Zucker. Wie der „Przegl. Wiecz." mitteilt, ist eine Verfügung des polnischen Finanzministeriums in Kraft getreten, derzufolge eine Ausfuhrabgabe für Zucker von 50 v. H. des Wertes der ausgeführten Sendung an die polnische Staatskasse abzuführen ist.

Kulturfilmvorführung. Am Mittwoch, dem 21., wird eine Kulturfilmvorführung abends 8 Uhr im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses stattfinden, bei der das neueste Werk von Professor Dr. Lampe, dem Bearbeiter des auch hier mit großem Interesse aufgenommenen Alpenfilms, gegeben wird: „Der Strom als geographisches Objekt und volkswirtschaftliches Problem", Großfilm in 5 Teilen. Eintrittskarten zum Preise von 1000 und 1500 Mark sind im Vorverkauf bei Gumnior zu haben.

Deutsche Vortragsveranstaltungen. Der zweite Vortrag von Herrn Generalsuperintendent D. Blau über „Oswald Spengler als Geschichtsphilosoph" findet kommenden Freitag, den 16., abends 6 Uhr, im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses statt.

Deutsche Coppernikus-Feier. Am Sonntag, dem 18., veranstaltet der deutsche Naturwissenschaftliche Verein für Großpolen in Gemeinschaft mit der Historischen Gesellschaft für Posen eine öffentliche Feier zum 450. Geburtstage des großen Astronomen Nicolaus Coppernikus. Die Feier wird um 12 Uhr mittags im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses stattfinden. Der Eintritt ist frei. Die Feier, die mit einem Chorgesang des gemischten Chors des deutschen Gymnasiums eingeleitet wird, wird von Herrn Direktor Prof. Stiller eröffnet werden. Es folgen alsdann Vorträge von Herrn Domherrn Prof. Dr. Steuer, von Dr. Rauschning „Über das Leben des Coppernikus" und Studienassessor Floß „Über das Coppernizianische System".

Fundsachen. Beim Starostwo Grodzkie sind in der Zeit vom 1. November 1922 bis 1. Januar 1923 folgende gefundene Sachen abgegeben worden: ein schwarzer Herrenschirm; eine Damenhandtasche mit einer Brille, Taschentuch, Rosenkranz usw.; 5 Herrenkragen aus Rips; ein grauer Wollschal mit weißen Streifen; 1815 und 7500 polnische Mark; ein Bambusstock und ein Mantelgürtel; 2 Schlüssel auf einem gelben Bund; ein Armband aus Alpakka; ein zweirädiger Handwagen; 3000 polnische Mark; eine Goldnadel mit Amethyst; eine schwarze Aktentasche mit 4 Instruktionsformularen; ein violetter Seidenschal mit weißen Streifen; zwei französische Schulhefte auf den Namen Majerówna; ein Patentschlüssel; 4425 poln. Mark; ein blauer Mantelgurt; ein Portefeuille mit 1510 M. poln.; zwei kupferne Türanschläge; 230 M. poln.; ein Portefeuille aus Linoleum mit 1530 M. poln.; 24 Fläschchen Tinte; eine Damentasche aus Wachsleinwand; Papiere im Umschlag auf den Namen Dyrda Stanisław; eine graue Papierbrieftasche mit 440 M. poln.; 11 828 M. poln.; eine silberne Damenuhr mit Goldrand; ein blaues kariertes Baumwolltuch; eine braune Brieftasche mit Geld und Papieren auf den Namen Stepczak Józef; ein schwarzer Damenschirm mit buntem Rand; ein steifer Herrenhut; eine gelbe Damenuhr (beschädigt); ein weißes Kettenarmband; ein Bund mit 8 Schlüsseln.

Besitzwechsel.

* **Kulm,** 14. Februar. Frau Rentnerin Lehmann, jetzt in Deutschland, verkaufte ihr Haus, Bahnhofstr. 20, an den Weidenfabrikanten Trembicki für 4 000 000 Mk. — Der Besitzer Gustav Templin verkaufte sein Grundstück Villisatz Nr. 39 und 90 an den Besitzer Teofil Pawski für 14 250 000 Mk. — Der Ansiedler Gustav Behring verkaufte sein Grundstück Strutzon Nr. 37 an den Kongreßpolen Anton Zagorski für 1 000 00 Mk.

---

* **Dirschau,** 13. Februar. Unter der Überschrift „Störenfriede" schreibt die hiesige „Deutsche Ztg.": In Nr. 31 der „Deutschen Zeitung" war ein Inserat in polnischer Sprache veröffentlicht, das in deutscher Übersetzung folgendermaßen lautet: „Die evangelischen Polen der Stadt Dirschau und Umgegend wollen sich persönlich in der Angelegenheit der Einsetzung eines polnischen Pfarrers in der hiesigen evangelischen Kirche melden." Dieser merkwürdige Aufruf trägt die Unterschrift eines Herrn mit dem echt polnischen Namen Lange, der in der evangelischen Gemeinde niemandem bekannt ist. Wir haben nicht die Absicht, die Motive zu untersuchen, die Herrn Lange veranlaßt haben, gegen seinen guten Glauben eine Propaganda in der deutschen evangelischen Gemeinde Dirschaus zu treiben, die ihn von vornherein zum Störenfried stempelt. Die evangelische Gemeinde in Dirschau zählt über 2000 Seelen. Unter diesen befinden sich im allerhöchsten Falle 20 Familien, die man als polnischstämmig ansprechen könnte. Es sind dies vereinzelte Beamte bei der Eisenbahn, beim Magistrat und bei Banken. Aber auch in diesen Familien wird zum Teil im Hause deutsch gesprochen. Im vorigen Schuljahr besuchten 8 evangelische Kinder aus dem staatlichen Gymnasium den evangelischen Religionsunterricht am deutschen Progymnasium; die Mehrzahl von diesen beherrscht die deutsche Sprache besser wie die polnische. Aber auch die übrigen beherrschten die deutsche Sprache so gut, daß sie dem Religionsunterricht in deutscher Sprache folgen konnten. Diese wenigen Angaben und Zahlen, die sich durch beliebig viel Beispiele ergänzen ließen, zeigen mit Deutlichkeit, wie absurd die Idee ist, die Pfarrstelle an der hiesigen evangelischen Kirche mit einem polnischen Pfarrer besetzen zu wollen. (Hierbei handelt es sich um die Wiederbesetzung der durch die Ausweisung des Superintendenturverwesers Pfarrers Engelbrecht erledigten Pfarrstelle. Schriftltg. des „Pos. Tagebl.")

* **Dirschau,** 14. Februar. Hier setzte der Fuhrmann Nagórski seinen 11jährigen Sohn auf einen Wagen, der mit Heu beladen war. Kaum rückte der Wagen von der Stelle, da fiel ein Bündel Heu herunter und mit ihm der Knabe, und zwar so unglücklich, daß er unter die Räder geriet, die ihm über Kopf und Brust fuhren. Der Knabe starb auf der Stelle.

□ **Grätz i. Pos.,** 14. Februar. Am Sonnabend vereinte ein Unterhaltungsabend unter Leitung des Lehrers Kaschik die kleine Schar der hiesigen Deutschen in Zweigers Hotel. Es war alles in allem ein recht wohlgelungener Abend, besonders gelungen auch in seinem flott gespielten Einakter „Monsieur Herkules", und ein fröhliches Tänzchen hielt die Teilnehmer bis in die frühen Morgenstunden beisammen.

sch. **Koschmin,** 14. Februar. Eine Sitzung hielt der hiesige deutsche Bauernverein am Montag in Neumanns Hotel ab. Zunächst hielt Herr Schmellekamp-Sandschau einen Vortrag über „neue Wege der Stallmistdüngung". Der Redner betonte die Notwendigkeit einer sorgfältigen Bodenbearbeitung und führte dann aus, wie durch Ausbreiten und Liegenlassen des Stallmistes eine Bodengare, also eine doppelte Wirkung des Stallmistes zu erzielen sei. Wie die rege Aussprache bewies, waren die Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen. Nach einem Vortrag des Herrn Klose über die Gesamtausschußsitzung wurde beschlossen, die neuen Beiträge an die zuständige Sammelstelle abzuliefern.

* **Lissa i. P.,** 14. Februar. In der Stadtverordnetensitzung am Montag betraf der erste Punkt der Tagesordnung die Festsetzung der Bezüge des ersten Bürgermeisters. Die Finanzkommission hatte hierzu vorgeschlagen das Gehalt der Staatsbeamten 6. Klasse und außerdem eine Zulage von 280 000 M. monatlich. Aus der Versammlung wurde hervorgehoben, daß doch innerhalb der 12jährigen Wahlperiode des Bürgermeisters eine Änderung der Teuerung eintreten könnte, und es würden dann die festgesetzten Teuerungszuschüsse eine schwere Last für die Stadt sein; es wurde eine örtliche Teuerungszulage zu dem Grundgehalt 6. Klasse als richtiger bezeichnet. Da keine Übereinstimmung zu erzielen war, wurde die Angelegenheit nochmals an die Finanzkommission verwiesen und hiermit auch der 2. Punkt der Tagesordnung, Ausschreibung der Bürgermeisterstelle, vertagt. Nach der Wahl eines Vorsitzenden für den 16. Armenbezirk nahm die Versammlung Kenntnis von einem Schreiben des Wojewoden, in dem der Etat von 1921 als nicht korrekt behandelt, bezeichnet wird, da der Etat nicht rechtmäßig zur öffentlichen Auslegung gelangt sei. Dies war jedoch der Fall, wie sich aus den Bekanntmachungen der Zeitungen ergab. Weiter wurde die Erhöhung der Schlachtgebühren nach dem Vorschlag der Schlachthauskommission beschlossen, ebenso die Erhöhung der Hundesteuer, und zwar 20 000 M. für Stubenhunde, 50 000 M. für Jagdhunde, 10 000 M. für Wachthunde, jeder weitere Hund je den doppelten Satz. Zum Schluß genehmigte die Versammlung die Aufnahme eines Darlehns von 10 Millionen Mark zu 5 Prozent aus der Zentralbank der Kommunalsparkasse in Posen.

* **Pakosch** 12. Februar. Dank den Bemühungen hiesiger Bürger wurde hier eine Armenküche eröffnet, in der täglich gegen 100 Personen Alte und Kinder gespeist werden.

* **Rawitsch,** 14 Februar. Der frühere Distriktskommissar, Polizeirat und Hauptmann Otto Meyer ist in seiner Heimatstadt Hannover am 9. d. Mts infolge Schlaganfalls sanft entschlafen und so seinen 3 Söhnen, die ein Opfer des großen Weltkrieges geworden waren, in die Ewigkeit nachgefolgt.

S. **Rogasen** 14. Februar. Der Turnverein feierte gestern ein Wintervergnügen. Eröffnet wurde es durch eine Ansprache des Vorsitzenden Kaufmann Petrich. Der sehr flott gespielte Schwank: „Ein famoses Quartier" fand den gebührenden Beifall der zahlreichen Zuhörer. Unter der Leitung des Turnwarts Caro kamen dann Stabturnen und Übungen am Reck und Barren zur Darstellung, alles gewandt und sicher ausgeführt.

* **Stargard,** 14. Februar. Über einen Akt moralischer Verwilderung von Schulkindern wird der „Deutsch. Ztg. f. P." von hier berichtet. Vier Knaben aus der Volksschule an der ul. Chojnicka überfielen in der ul. Kościuszki ein siebenjähriges Mädchen, um ihm die Einkäufe zu entreißen, die es im Auftrage der Mutter gemacht hatte. Das Mädchen jedoch wehrte sich. Da kam der Bruder des Mädchens daher und verteidigte die Schwester. Aus Rache ergriffen drei der Angreifer den Knaben, während der vierte Angreifer seine Holzpantoffel von den Füßen zog und den Bruder am Kopfe so bearbeitete, daß er eine 1½ cm lange Wunde davontrug. Die vier Knaben stehen im Alter von 8 Jahren.

* **Strasburg** 12. Februar. Erschossen hat sich am Dienstag in der Nacht der Privatförster T. aus Margaretenhof mit seinem Dienstgewehr. Wie verlautet, hatte er sich Unterschlagungen zu Schulden kommen lassen.

* **Zirke,** 12. Februar. Wie vorauszusehen war, sind die letzten Wochenmärkte nur schwach mit Butter und Eiern beschickt worden. Jetzt wurden die Landleute, welche Butter brachten, förmlich bestürmt und jeder geforderte Preis gezahlt. Für Kartoffeln und Roggen wurden höhere Preise als in Posen gefordert und gezahlt. Brot kostet seit Mittwoch ein Pfund 1000 M.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Krakau,** 12. Februar. In die Gefahren, die jungen Mädchen vom Lande in fremden Städten drohen, leuchtet eine Notiz der „Rzeczpospolita" hinein, die diese Gelegenheit benutzt, um weibliche Personen, die fremd in eine Stadt kommen, nachdrücklich davor zu warnen, sich unbekannten Personen anzuvertrauen. Unlängst sei ein Landmädchen Namens Veronika Litwin nach Krakau gekommen, um Verwandte zu besuchen. Sie wurde von einer fremden Frau angesprochen, die ihr eine Unterkunft besorgen wollte. Diese führte sie in eine Wohnung, wo noch mehrere Frauen bereits zugegen waren, die dem Mädchen zu essen und zu trinken gaben. Nach einiger Zeit erschienen mehrere Männer, die die Litwin fesselten und sich an ihr auf das Schwerste vergingen. Am nächsten Tage wurde sie mit dem Revolver bedroht, nichts zu verraten, da sie sonst sofort getötet werden würde. Sie fiel auf der Straße in Ohnmacht und mußte in ein Krankenhaus geschafft werden.

* **Lodz,** 12. Februar. Die „Neue Lodzer Ztg." berichtet: „In einer der letzten Nächte erschien im Hotel „Sport" an der Nowo Senatorskastraße 5/7 ein Pärchen. Es waren dies der ledige 27jährige Leon Sosnowski und die 39jährige Michalina Ulisowa, die Frau eines Schuhmachers, die seit einem Jahre von ihrem Manne getrennt lebt. Das Pärchen bezog das Zimmer Nr. 33. Nach ungefähr zwei Stunden verließ die Ulisowa das Hotel, ging zur nächsten Straßenecke und bat den dort auf Posten stehenden Polizisten, sie zu verhaften. Dem Polizisten erklärte sie, daß sie soeben ihren Geliebten, den im Hotel schlafenden Sosnowski, mit Schwefelsäure begossen habe, und zwar aus dem Grunde, weil Sosnowski sie von ihrem Manne entführte, ihr aber jetzt keinen Lebensunterhalt bieten konnte. Der Polizist begab sich mit der Ulisowa in das Hotel, wo sie Sosnowski, der sich vor Schmerzen krümmte, vorfanden. Das Gesicht, Augen, Hals und Ohren des Unglücklichen waren schwer verletzt. Auch die Bettwäsche war übel zugerichtet. Der Arzt der Unfallrettungsstation gewährte dem Verletzten die erste Hilfe, worauf der Unglückliche in das Hospital des hl. Geistes überführt wurde. Die Ärzte stellten fest, daß dem Sosnowski ein Auge ausgelaufen war."

* **Warschau,** 12. Februar. Ein Lodzer Kaufmann Abraham Rosenzweig wurde hier von drei Männern schwer geschädigt, die ihm Brillanten zum Kauf anboten. Rosenzweig ging auf das Geschäft ein, mußte zu seinem Schrecken aber nachher die Feststellung machen, daß er wertloses Glas erstanden hatte. — Eine Polin namens Veronika Dulaps, die zu ihrem Mann nach Amerika reisen wollte und von ihm bereits das Reisegeld im Betrage von 590 Dollar geschickt erhalten hatte, traf in Warschau einen Herrn und eine Dame, die ihr erklärten, daß sie durch Beziehungen zum amerikanischen Konsulat ihr „hinten herum" zu billigem Preise das Reisevisum besorgen könnten. Sie vertraute sich den beiden an, die es natürlich nur auf den Raub des Geldes abgesehen hatten. Die beiden nahmen ihr denn auch das Geld ab und drückten ihr einen Briefumschlag in die Hand, in dem nachher nichts als Papierschnitzel enthalten waren. Eine Anzeige bei der Polizei hatte keinen Erfolg, da die beiden Diebe spurlos verschwunden waren.

Aus Polnisch-Schlesien.

* **Kattowitz,** 12. Februar. Ein Viehhändler von hier, Szyja Steinitz, ist das Opfer eines schweren Raubüberfalles geworden. Als er aus seiner Haustür trat, sprangen zwei Männer auf ihn zu, die ihm einen Revolver an die Stirn legten und ihn aufforderten, alle ihre Befehle zu erfüllen. Er mußte sie in sein Haus einlassen, wo sie das ganze Hauspersonal in Schach hielten, indem sie die Familienmitglieder und das Dienstpersonal veranlaßten, sich auf die Erde zu legen, und jedem mit Erschießen drohten, der sich erheben würde. Dann mußte ihnen Steinitz Wertgegenstände im Betrage von 6 200 000 Mk. aushändigen, worauf sie mit dem Gruße „Auf Wiedersehn!" das Haus verließen. Ein Arbeiter, der die Verfolgung aufnahm, wurde von den Banditen erschossen.

Aus Ostdeutschland.

* **Küstrin,** 11. Februar. Die Enthüllung eines Denkmals für die Gefallenen der Stadt und Garnison Küstrin fand am vorigen Sonntag statt. Das Denkmal aus Muschelkalk besteht aus einem durch langen Kampf ermatteten Löwen, der sich dem Beschauer prachtvoll ausgearbeitet darstellt. Die Vorderseite des Denkmals zeigt folgende Inschrift: „Unseren Gefallenen — Stadt und Garnison Küstrin." Infanterie-Regiment von Stülpnagel (5. Brandenburgisches) Nr. 48. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 48. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 48. Neumärkisches Feldartillerie-Regiment Nr. 54. Brandenburgisches Pionierbataillon Nr. 28 und ihre Feldformationen. Die Rückseite des Denkmals trägt die Inschrift. „Allen Gewalten — zum Trutz sich erhalten."

* **Elbing,** 7. Februar. Zur 148. Zuchtviehauktion der Ostpreußischen Holländer Herdbuchgesellschaft waren von 46 gemeldeten Bullen 34 zur Stelle, die einen Gesamterlös von 109 Millionen Mark brachten, das sind rund 3 200 000 Mark für einen Bullen. Den höchsten Preis mit 11½ Millionen Mark erhielten zwei Bullen, und zwar der 14 Monate alte Bulle „Ratsherr" des Herrn v. Siegfried-Vorderwalde bei Heiligenbeil und der 13 Monate alte Bulle „Hektor" des Herrn Rhode-Tromitten bei Bartenstein.

---

* **Danzig,** 11. Februar. Infolge der ungeheuer gestiegenen Kosten für Begräbnisse beantragte der Senat bei der Stadtverordnetenversammlung, daß fünf Millionen Mark aus dem Fonds für besondere Bewilligungen zur Linderung der Begräbnisnot zur Verfügung gestellt werden. Es soll dadurch geholfen werden, daß die Stadt die Herstellung einfacher, billiger Särge (Einheitssärge) in erweitertem Umfange teils selbst in die Hand nimmt, teil mit Hilfe privater Unternehmer zur Ausführung bringt, und ferner für die Möglichkeit eines verbilligten Transportes der Leichen sorgt, sei es durch Bereitstellung städtischen Fuhrwerks, sei es durch Gewährung von Beihilfen zur Benutzung privater Fuhrwerke.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Thorn,** 11. Februar. Ein Prozeß gegen zwei Millionendiebe, Teofil Grabowski und Zabielski, die die Kasse der Landwirtschaftlichen Großhandelsgesellschaft in Culmsee um fünf Millionen Mark geschädigt hatten und dann geflohen waren, wurde vor der hiesigen Strafkammer verhandelt. Die beiden Leichtsinnigen hatten das Geld bis auf etwa 300 000 Mk. in verschiedenen Städten Polens verjubelt, wobei sie bis Białystok gekommen waren; doch dort wurden sie von der Polizei aufgegriffen und nach Posen transportiert. Von hier aus vermochte Grabowski nochmals zu fliehen, stellte sich aber dann der Polizeibehörde freiwillig. Er wurde zu 14 Monaten Gefängnis, sein Genosse zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, wobei die Jugend der beiden strafmildernd in Betracht gezogen wurde.

Neues vom Tage.

§ **Raubmord mit Anwendung von Opium.** In einer Likörstube in Berlin-Friedenau wurde an einem Butterhändler ein raffinierter Giftmord verübt. Der Händler hatte in der Likörstube die Bekanntschaft einer 31jährigen Kontoristin gemacht, ihr von seinen glänzenden Geschäften erzählt und seine Brieftasche mit einer größeren Barsumme vorgewiesen. Darauf hatte das Mädchen aus einer Apotheke für 4000 Mark Opium holen lassen und dieses in bittere Schnäpse gemischt. Bald darauf sank der Händler bewußtlos zu Boden. Das Mädchen, das plötzlich verschwunden war, konnte festgenommen werden. Es hat seinem Opfer anscheinend den größten Teil des Geldes geraubt.

§ **Ausplünderung eines Künstlers im D-Zug.** Der Frankfurter Pianist Alfred Hoehn, der im November hier in Posen ein Konzert gab, wurde auf einer Konzertreise im D-Zug Warschau—Krakau vollständig ausgeraubt. Gegenwärtig hält sich der Künstler in Spanien auf.

§ **Bootsunfall bei Rügen.** Zur zollamtlichen Abfertigung eines im Fahrwasser bei Altefähr liegenden holländischen Schoners war ein Zolldampfer aus Stralsund mit einem Beiboot des Schoners geholt worden. Bei der Rückkehr kenterte das mit dem holländischen Kapitän, zwei Matrosen und zwei Zollbeamten besetzte Boot. Der Zollsekretär Bolz aus Stralsund ertrank, ebenso die beiden holländischen Matrosen. Der Kapitän und der andere Zollbeamte konnten sich an dem gekenterten Boot festklammern, bis sie von dem Dampfer „Fanal" gerettet werden konnten. Die Leichen der beiden Matrosen konnten noch nicht geborgen werden, während die Leiche des Zollsekretärs gefunden wurde.

§ **Überschwemmungen in Budapest.** Die Donau hat einen Teil der städtischen Wasseranlagen überschwemmt, so daß Budapest ohne Trinkwasser ist. Seit Sonntag ist die Donau um 40 Zentimeter zurückgegangen, nachdem sie Sonnabend 7 Meter überschritten hatte. Der Schaden ist enorm. Der nördliche Stadtteil steht in seiner ganzen Ausdehnung bis zu 1½ Meter tief unter Wasser. Die Donau ist nach Meldungen vom Dienstag in stetem Fallen begriffen. Es steht zu hoffen, daß das überschwemmte Gebiet in einigen Tagen trocken gelegt wird. Der Reichsverweser stattete heute dem überschwemmten Gebiet einen Besuch ab.

§ **Ohnmachtsanfall eines Fliegers in 5800 Meter Höhe.** Der amerikanische Fliegerleutnant Summera, der jetzt in der polnischen Armee dient, ist bei einem Aufstiege in der Höhe von 5800 Metern infolge der Kälte ohnmächtig geworden. Der führerlose Apparat begann mit einer rapiden Schnelligkeit zu sinken, doch erwachte infolge dieses Sturzes der Flieger aus seiner Ohnmacht und konnte noch 130 Meter über der Erde den Apparat in seine Gewalt bekommen und normal landen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Reichsmarke beiliegt.)

B. 72. 1. In der Nr. 34 war ausdrücklich nur von Offizieraspiranten die Rede, nicht aber von Offizieren. 2. Das kann mit absoluter Sicherheit weder bejaht noch verneint werden.

G. D. St. 1. Haben Sie denn keine Zinsen festgesetzt? Höchstens 6 Prozent. 2. Wenn der Mieter überhaupt keine Miete bezahlen will, so ist das ein Kündigungsgrund. Etwas anderes ist es, wenn er Ihnen die Miete nicht in der von Ihnen beanspruchten Höhe bezahlen will. Rufen Sie in der Angelegenheit Ihr Mietseinigungsamt an.

F. Z. in Z. Wir können unmöglich die Notiz über die Ablösung der deutschen Hypotheken, die wir in Nr. 283 des „Pos. Tagebl." vom 15. 12. 22 brachten, im Briefkasten wiederholen. Deshalb lassen wir Ihnen eine Nummer dieser Ausgabe unter Nachnahme zugehen.

P. S. 7. Aus Ihrer Anfrage geht nicht hervor, wer Ihnen die Bewirtschaftung verboten hat. Da Ihre Schwiegereltern Ihnen und Ihrer Frau die Wirtschaft gerichtlich verschrieben hatten, kann dieser Vertrag von den Schwiegereltern nicht einseitig aufgehoben werden. Sie können Ihre Schwiegereltern auf Erfüllung des Vertrages verklagen und haben bis zur Entscheidung des Prozesses das Recht, das Inventar zu veräußern.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

(Erwiderung auf die „Erwiderung" in Nr. 32 des „Pos. Tagebl.")

Herr R. N.!

Wenn nach Ihrer Ansicht jeder Käufer eines ihm angebotenen Hauses, sei es von einem abwandernden Deutschen oder einem durch die Folgen des Mieterschutzgesetzes verarmten Hauswirt, ein Wucherer, Schieber oder Betrüger ist, dann will ich Sie, weil es unlohnend ist, von dieser Ansicht nicht abbringen. Ich würde Ihnen aber doch empfehlen, das Wort „Wucher" mit etwas mehr Vorsicht zu gebrauchen. Wuchern bedeutet nämlich, die Zwangslage eines anderen zum eigenen Vorteil auszunutzen. Die in Friedenszeiten behördlich als notwendig erachteten Reparaturkosten eines Hauses betrugen 10 Prozent der Miete. Bei einem Hause, das 100 000 Mark Friedenswert hatte, und jetzt normal bei dreißigfacher Mietserhöhung 8000 × 30 = 240 000 Mark Miete bringt, belaufen sich allein die Reparaturkosten in poln. Mark auf 2½ Millionen Mark. Wollen Sie da noch behaupten, daß der Hauswirt der Wuchernde ist?

Sie erklären meine Behauptung, daß derjenige, der den Entschluß faßt, ein Haus zu bauen, und die Mittel dazu bewilligt, Produzent des Hauses sei, für unlogisch. Wer ist also nach Ihrer Logik der Produzent eines Hauses? Ich behaupte sogar, daß auch der Erwerber eines Hauses Produzent ist, weil er durch dauernde Aufwendungen das Haus und die Wohnungen erhält.

Nahrung, Wohnung und Kleidung, das sind die drei wichtigen Lebensbedürfnisse des Menschen. Die Produzenten dieser drei Lebensunterlagen müssen, ihrer Bedeutung entsprechend, auch von der herrschenden Mehrheit des Volkes anerkannt und dementsprechend behandelt werden. Mit der alten Tradition, dem Hausbesitzer eine wirtschaftliche Bedeutung abzusprechen, weil es Unbequemlichkeiten bringen könnte, wenn die Bedeutung anerkannt würde, muß gründlich gebrochen werden.

Die Häuserwirtschaft der Zukunft, die Riesenkapitalien erfordern wird, läßt sich nicht länger unterdrücken, dafür wird schon die Zeit sorgen. Auch Sie, Herr R. N., werden Ihre Ansicht aufgeben müssen.

Ein Hauswirt.

Sport und Jagd.

V **„Poznania"** ist aus den Klassifikationswettspielen für die Fußballklasse A, die es gegen „Stella" (Gnesen) zu spielen hatte, siegreich hervorgegangen und somit in die A-Klasse aufgerückt.

V **„Warta"**, der Fußballmeister Großpolens, hat am vergangenen Sonntag gegen den Meister von Polnisch-Oberschlesien, die Kattowitzer „Pogon", 5:0 gespielt. Beide Mannschaften sind sich in voller Besetzung gegenübergetreten.

V **Jockeys auf Auslandsreisen.** Die Jockeys A. Bleuler und A. Kaiser, die nach Rumänien engagiert sind, haben auf der Reise nach Bukarest an der polnischen Grenze Kehrt gemacht, weil die polnischen Zollbehörden für ihre Rennsättel je 250 000 Mk. Zoll forderten. Die Jockeys werden nun ihre Reise über die Tschechoslowakei antreten. Hoffentlich haben dort die Zollbehörden mehr Verständnis dafür, daß die Rennsättel das Handwerkszeug der Jockeys und nicht einen Ausfuhrhandelsartikel darstellen.

V **Großer deutscher Fliegererfolg.** Nach einer Kabelmeldung aus Neuyork haben vor einigen Tagen zwei Junkers-Wasserverkehrsflugzeuge, die schon seit einiger Zeit auf Kuba stationiert sind, von San Domingo einen ununterbrochenen Flug über das Karaibische Meer nach La Guahre, den Hafen von Caracas, der Hauptstadt Venezuelas, durchgeführt. Sie haben die 500 Seemeilen, gleich 900 Kilometer weite Strecke über den Ozean in acht Stunden zurückgelegt. Für den Verkehr des südamerikanischen Festlandes mit der im Welthandel bedeutsamen Inselgruppe der Großen Antillen wird dieser Ozeanflug ganz besondere Beachtung finden.

Spende für die Altershilfe.

Infolge des Aufrufs in Nr. 34 des „Pos. Tagebl." von 13. Februar d. J. sendet uns Herr K. Z. in Poznań 10 000 Mark (8. Rate) mit folgendem Spruch: „Lasset uns aber Gutes tun und nicht müde werden; denn zu seiner Zeit werden wir auch ernten ohne Aufhören Galater 6, 9". Wir eröffnen deshalb von neuem die Sammlung.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bezw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden nimmt gern entgegen und erbittet

die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= **Einführung des „Zloty".** Aus Warschau wird gemeldet, daß die Postsparkasse mit dem 15. d. Mts Terminrechnungen in polnischen „Zlotys" eröffnet. Die für laufende Rechnungen bestimmten Gelder werden bei Einlage und Annahme eingezahlt und ausgezahlt in polnischen Mark nach dem Kurs des polnischen „Zloty", der täglich von der Postsparkasse berechnet wird, wobei ein Zloty gleich einem Schweizer Franken zählt.

Auch in der Industrie mehren sich die gleichen Bestrebungen. So beschloß als erster der Verband der Emaillewarenfabriken, die Kalkulation künftig in Zloty vorzunehmen und auch Rechnungen in Zloty auszustellen, wobei der Kurswert des Schweizer Franken am Verfalltage der Rechnung in Polenmark zahlbar ist.

„Gazeta Warszawska" versichert, daß die Arbeiten des Finanzministeriums betreffend Einführung des Goldmaßstabes auf dem Gebiete des Kredits sich ihrem Ende nähern. Der Goldmaßstab soll in allernächster Zeit eingeführt werden. Er wird sich darauf stützen, daß alle Darlehen von den staatlichen Kreditinstitutionen in polnischen Zlotys nach dem von dem Finanzministerium festgesetzten Kurse gewährt werden. Diese Darlehen werden ebenfalls in polnischen Zlotys unter denselben Bedingungen zurückgezahlt. Zum Teil wird der Goldmaßstab auch im Wechseldiskontverkehr eingeführt.

= **Die Industriekredite der polnischen Regierung.** Um die Industrie lebensfähig zu erhalten, hat die Regierung ihr bekanntlich durch Vermittelung der Polnischen Landesdarlehnskasse Kredite eingeräumt. Zu den wichtigsten gehört der Escomptekredit (7 bzw. 7½prozentig, bei drei- resp. sechsmonatiger Laufzeit) und der Lombardkredit (dreimonat bei 8prozentiger Verzinsung). Während der ersten neun Monate v. Js. wurden der Industrie insgesamt 130 Milliarden Mark Escompte- und etwa 145 Milliarden Lombardkredit gewährt. Am Escomptekredit beteiligte sich die Textilindustrie mit 47 Prozent, die Petroleumindustrie mit 13,7 Prozent, die Metallindustrie mit 11,6 Prozent, die Berg- und Hüttenindustrie mit 7 Prozent, die chemische mit 5,2 Prozent, die Nahrungsmittelindustrie mit 5,2 Prozent, die Lederindustrie mit 3,7 Prozent, die übrigen Industrien mit 6,6 Prozent. Am Lombardkredit beteiligte sich: die Spiritusindustrie mit 29,5 Prozent, die Zuckerindustrie mit 19 Prozent, die Metallindustrie mit 18,6 Prozent, die Textilindustrie mit 13,5 Prozent, die Berg- und Hüttenindustrie mit 7,7 Prozent, die übrigen Industrien mit 11,7 Prozent. Der Zuckerindustrie wurde überdies ein besonderer Kredit von 30 Milliarden zur Verfügung gestellt.

= **Über die Lage der polnischen Lederindustrie und des Lederhandels** wurden in einer kürzlich in Warschau stattgefundenen Konferenz der Interessenten dieser Branche folgende Angaben gemacht: Wegen Mangels an heimischen Häuten und der unzureichenden Produktion der Gerbereien müssen Rohmaterial sowie bearbeitetes Leder in erheblichen Mengen eingeführt werden. Der Preisunterschied beträgt bis gegen 100 Prozent. Fabriken, die vor dem Krieg einen Vorrat von über 100 000 Fellen zu haben pflegten, können jetzt nur über höchstens 40 000 Stück verfügen, weil die gegenwärtige Konjunktur ihnen nicht gestattet, sich gehörig einzudecken. In ähnlicher Lage befinden sich die Großhändler, die außerdem vielfach Verluste an ausländischem Leder infolge der Valutasprünge erleiden. Der Verdienst der Grossisten wurde von einer Kommission mit 5 bis 10 Prozent bei Leder, das nach Gewicht, und mit 20 Prozent bei Leder, das stückweise verkauft wird, festgesetzt. Im allgemeinen sind die Preise für fabrikmäßig hergestelltes Schuhwerk keineswegs niedriger, als die Preise für Handarbeit. Die gesamte Produktion der 26 mechanischen Schuhfabriken Polens ist verhältnismäßig unbedeutend und kann den auf 17 Millionen Paar geschätzten Bedarf des Landes bei weitem nicht decken. Geklagt wurde auch über die Folgen einer falschen Zollpolitik, die noch aus der russischen Zeit stammt und die Einfuhr der für die Herstellung feiner Leder- und Schuhwaren notwendigen Farben und Chemikalien außerordentlich erschwert.

= **Polnische Getreideobligationen?** Das Warschauer Finanzministerium wird in diesen Tagen sich mit einem Projekt beschäftigen, das die Herausgabe von Getreideobligationen durch die Länderbank, zahlbar in polnischer Mark zu Getreidepreise nach den Notierungen des Warschauer Produktenmarktes vorsieht.

= **Ölfabrik in Pleschen Akt.-Ges.** (Wytłócznia Oleju Tow Akc.) erhöht ihr Kapital um 70 auf 100 Mill. M.

= **Schließung der Lodzer Färbereien.** Auf der letzten Konferenz der Färbereibesitzer wurde endgültig erkannt, daß es beim gegenwärtigen Geldmangel unmöglich ist, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Da die Färbereien größtenteils Wechsel erhalten, sind sie vielfach nicht in der Lage, die Arbeitslöhne auszuzahlen sowie die notwendigsten Farbstoffe zu kaufen. Angesichts dessen wurde beschlossen, von morgen ab den Betrieb bis zu einer Änderung der Verhältnisse einzustellen.

= **Der litauische Zollkrieg gegen Polen,** der, wie schon gemeldet, sich zunächst und in erster Reihe gegen die Einfuhr polnischer Textilwaren gerichtet hat, scheint inzwischen eine weitere Ausdehnung erfahren zu haben, indem jetzt, laut „Goniec Krakowski", alle Waren polnischen Ursprungs mit einem dreifachen Einfuhrzoll belegt werden. Angeblich soll das litauische Handelsministerium noch weitere Maßnahmen vorsehen, um die polnische Einfuhr gänzlich zu unterbinden.

= **Danziger Aktiengesellschaft für Ofenkacheln.** Zur Ausnutzung des kürzlich bei Oberkahlbude festgestellten Tonlagers und zur Fabrikation von Ofenkacheln ist unter Beteiligung der Stadt Danzig eine Aktiengesellschaft mit einem Gesamtkapital von 7,5 Millionen Mark in Gründung begriffen.

= **Börsennotierung der deutschen Zwangsanleihe.** Am Mittwoch erfolgte die erste amtliche Notierung an der Berliner Börse, die sich auf 70 v. H. stellte. Die Notierung erfolgt unter dem Namen „Deutsche Reichsanleihe von 1922 (Zwangsanleihe)". Die Stücke sind bekanntlich unverzinslich bis 31. Oktober 1925, dann mit 4 v. H. verzinslich ab 1. November 1925 bis 31. Oktober 1930 und mit 5 v. H. verzinslich ab 1. November 1930. Die Abschnitte lauten auf 100 000, 50 000, 20 000, 10 000, 5000, 2000 und 1000 M.

Warschauer Börse vom 14. Februar.

Devisen:

Belgien	2475. 2525. 2500	Paris	2850, 2900, 2840, 2850
Berlin	1.75, 2.00 1.95	Prag	1395 1375
Danzig	1.95. 1.99 1.96	Schweiz	8500. 8800, 8750
London	215 000, 210 000, 212 500	Wien	68, 67
Neuyork	44 975, 46 100, 45 500		

Berliner Börsenbericht

vom 14. Februar.

Diskont-Komm.-Anleihe	10500.—	Polnische Noten	53.—
Danz. Priv.-Aktienbank	—.—	Auszahlung Holland	9 250.—
Hartmann Masch.-Aktien	20 000.—	„ London	109 500.—
Phönix	47 000.—	„ Neuyork	23 500.—
Schuckert	34 000.—	„ Paris	1 410.—
Hapag	50 000.—	„ Schweiz	4 400.—
3½% Pos. Pfandbriefe	245.—	Ungarische Goldrente	82 000.—
Auszahlung Warschau	51.50		

Danziger Mittagskurse vom 15. Februar.

Die poln. Mark in Danzig ..... 38—39

Der Dollar in Danzig 18500

Berliner Produktenbericht vom 13. Februar.

Amtliche Produktenbörse, per 50 kg in Mark.

Weizen		**Roggenmehl**	
märkischer	66000	für 100 kg	150 000—165 000
pommerscher	—	Weizenkleie	37000
schlesischer	—	Roggenkleie	38000
Roggen		Raps	105000—110000
märkischer	59000	Leinsaat	—
schlesischer	58500	**Hülsenfrüchte**	
westpreußischer	—	Viktoriaerbsen	85000—95000
Gerste		kl. Speiseerbsen	70000—80000
Sommergerste	—	Futtererbsen	—
märkische	55000—56000	Peluschken	100000—130000
Hafer		Ackerbohnen	70000—75000
märkischer	47000—48000	Wicken	100000—130000
pommerscher	46000—47000	Blaue Lupinen	—
schlesischer	44000—45000	Gelbe „	—
mecklenburger	—	Serradella	145000—170000
Mais		Rapskuchen	46000—48000
loko Berlin	67000	Leinkuchen	85000—90000
frei Hamburg	65000	Trockenschnitzel	21500—22500
Weizenmehl		Zuckerschnitzel	30000—31000
für 100 kg	180 000—200 000	Kartoffelflocken	36000—37000

= **Hamburger Cifnotierungen für Importgetreide.** Weizen La Plata faq. Rosa Jé 12.85 Fl., man. II 13.10, Mais, am. mix. 9,75 Fl., gelb La Plata faq. 9.75 Fl. lose gesackt, Gerste, Donau 62/63 Kg. 8,75 Fl., Roggen, Western II 10.90 Fl., La Plata-Leinsaat 21,75 Fl., Weizenkleie 7.75 Fl. Kurs: 10 970—11 480.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.

Verantwortlich für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftszeitung: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Beteiligung mit 5 Millionen

und mehr sucht verheirateter, nachw. tüchtiger Landwirt, Christ, am landwirtschaftl. Unternehmen oder Beteiligung. Auch im Gemüsebau sowie geschäftlich sehr erfahren. Gefl. Angebote unt. M. 5482 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Bedeutende Landmaschinenfabrik Deutschlands

für Dreschmaschinen aller Art, Göpel, Häckselmaschinen, Federzahn-Eggen, Zentrifugen usw.

sucht tüchtigen, bestens eingeführten

Vertreter.

Nur solche Bewerber wollen sich melden, die über gute Fachkenntnisse und allererste Referenzen verfügen. Korrespondenz deutsch. Ausführliche Angebote unt. Nr. 452 an die Annoncen-Expedition Weiss, Liegnitz i. Schles. [5315

Tüchtigen, verheirateten

Werkmeister

für Kundenmühle

von sofort oder später gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften sind an F. Rosanowski, Młyn pod Orlem, Grudziądz, zu richten. [5494

Perfekter Buchhalter

zum baldigen Antritt gesucht. [5474

S. Spiro. Ostrów, Getreidegeschäft.

Oele u. Fette

in erstklassiger Qualität liefern

Sander & Brathuhn

Poznań - ul. Seweryna Mielżyńskiego 23, Telef. 4019

Ankäufe u. Verkäufe

Geldschrank

zu kaufen gesucht. Gefl. Off. mit Preis, Gewicht u. Größe an das Kaufhaus T.z.o.p. Rogoźno. (5508

Landwirtschaft

60 Morg. guter Mittelboden, Gebäude in gutem Zustande, totes u. leb. Inv. komplett. sofort zu verkaufen. Johann Höth, Nieprużewo, Post u. Stat. Otusz bei Grodzisk.

1 Klavier,

dunkelbraun, fast neu, sof. zu verkaufen. Zu erfragen ulica Gen. Kosińskiego 15 III r.

Stellenangebote

Erfahrener, zuverlässiger

Inspektor

f. Feld u. Hof, d. d. poln. Spr. mächtig u. Radfahrer ist, vom 15. März zur Vertretung auf 6—8 Wochen gesucht. Angeb. u. R. T. 5511 a. d. Geschst. d. Bl. erbeten.

Zum 1. April d. Js. polnisch sprechenden

Wirtschafts-Assistenten

gesucht. Zeugnisse und Gehaltsansprüche erbeten an

5513] Dominium Orla p. Koźmin.

Suche zum 1. April für meine 2900 Morgen gr. Brennereiwirtschaft evangel., unverheirat., der polnischen Sprache mächtigen

Beamten

nicht unter 25 Jahren. Reitpferd wird gestellt. [5512

Zeugnisabschriften mit Gehaltsansprüchen erbittet

Schwanke, Wólka, pow. Września.

Gesucht zum 1. April [5458

energischen, gebildeten, evangel.

jungen Mann,

der seine Lehrzeit beendet, bei kl. Gehalt exkl. Bett und Wäsche und vollem Familienanschluß oder auch Eleve mit einigen Vorkenntnissen vom Lande. — Desgl. einen

Vorwerksvogt.

Stelle Vertrauensposten, evt. geeignet für Ansiedler oder Sohn der gern heiraten möchte. Offerten erbeten an

Administrator Wathe, Orle, poczta Rojewo, p. Międzychód.

Stellengesuche

Landwirtschaftl. Beamter,

verh., i. mittl. Alter, d. deutsch. u. poln. Spr. in Wort und Schrift mächtig, m. g. Zeugn. u. langj. Praxis sucht v. sof. od. 1. 4. 23 dauernde Stellg., selbständig od. unt. Prinzipal. Gefl. Off. u. A 5504 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Jräulein, 21 Jahre alt,

im Schneidern

bewandert, möchte wieder vom 1. März oder 1. April Stelle als Stütze oder Wirtschafterin bei nettem Familienanschluß annehmen. — Gefl. Angebote sind unt. A. 5267 an die Geschäftsstelle d. Blattes zu richten.

Als Hausdame,

Vertretung der Hausfrau, evtl. Stütze, sucht Dame, im Land- und Stadthaushalt erfahren, Stellung. Gefl. Angeb. unter C. 5520 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kontoristin,

geübte Stenotypistin, m. best. Zeugn., sucht ab sofort oder später Stellung. Gefl. Off. u. 5516 a. d. Geschst. d. Bl.

Für meinen tüchtigen, jüngeren Inspektor, den ich jedem empfehlen kann suche eine

unverh. Inspektorstelle.

Offerten erbitte an [5497

Dwór Pisarzowice, poczta Makoszyce, pow. Kępno.

Gesucht zum 1. April

ein Mädchen

aus besserer Familie zur Erlernung des Haushalts auf ein Rittergut ohne gegenseitige Vergütigung.

Ebenso kann sich zur Unterstützung des Besitzers

ein Beamter

nicht unter 23 Jahren melden. Gehalt nach Roggenwährung. Angebote unt. S. 5510 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.